

# Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementspreis pro Quartal M. 1 (ohne Bestellgeld),  
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1.40.

Herausgeber: Joh. Stanning, verantwortl. Redakteur: F. Paepelow,  
beide in Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 5, Brennerstr. 11, 1. Et.

Einzel-Anzeigen  
für die dreigespaltene Zeilzeile oder deren Raum 80 A.  
Zeilungs-Preisliste Nr. 8898.

## Verbandsmitglieder! Zahlt die Verbandsbeiträge bis zum Jahreschluss, bevor es Winter wird!

**Inhalt:** „Christliche“ Mittelstandspolitik. — Maurer-  
bewegung: Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.  
Verammlungen und sonstige Bewegung. Sozialdemokratischer  
Terrorismus. — Krankenfälle. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiter-  
schuß, Submissiven etc. — Aus Unternehmerkreisen. — Aus  
anderen Berufen. — Gewerbliche Nachpflege und Arbeiter-  
versicherung. Die sozialpolitische Bedeutung und Wichtigkeit des  
Zentrums. — Polizei und Gerichte. — Eingegangene Schriften.  
— Briefkasten. — Streifenabrechnungen. — Zentralverband der  
Maurer. — Zentralkrankenkasse. — Anzeigen. — Feuilleton:  
Wissen ist Macht.

einem Entwurfe, betreffend Sicherung der  
Forderungen der Bauhandwerker, sich zu be-  
schäftigen haben werde; der Entwurf werde im Justiz-  
ministerium ausgearbeitet. Dem wird hinzugefügt:  
„Wenn man an die Manipulationen zahlreicher groß-  
städtischer Baupsephanten im Ausland und im deutschen  
Vaterland denkt, so werden alle aufrichtigen Freunde  
des Mittelstandes mit Freude einen solchen Entwurf  
begrüßen.“

Recht des Stärkeren, ausgebildet bis zur  
höchsten Unrechtspoien.“  
Das alles brüdt die „Röm. Volks-Zeitung“ ab,  
damit der Leser aus dem Umfande, daß der Kirchen-  
staat die erwähnten Bestimmungen erlassen hat, sehen  
möge: die Kirche hat das erste Beispiel für die in  
Rede stehende Reform gegeben, es galt, ein „Stück  
christlicher Sozialpolitik“ zu vollbringen! Und  
schließlich mahnt sie!

### Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen be-  
richtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.  
**Zuzug von Maurern und Bauarbeitern  
ist fernzuhalten:**

#### Deutschland:

##### Schleswig-Holstein:

Laboe (Sperrung über Stölling), Holtenauer (Sperrung  
über Schölzchen), Ochsensoll (Sperrung über  
Kummerfeld);

##### Mecklenburg:

Alt- und Neustrelitz, Fürstenberg (Maurer aus-  
gesperrt), Waren (Sperrung über Gerber & Sohn),  
Runkelstorf (Sperrung über Eickelberg), Schwerin  
(Sperrung über Stange), Doberan (Sperrung über  
den Unternehmer Heitmann aus Rostock);

##### Brandenburg:

Lyben (Sperrung über Boswan & Knauer);

##### Pommern:

Schwetzingen-Ahlbeck-Heringsdorf (Maurerstreik);

##### Westpreußen:

Danzig (Sperrung über die Firma Fey), Marienburg  
(Sperrung über Kasernenbau);

##### Prov. Posen:

Bromberg (partieller Streik);

##### Schlesien:

Oblau (Differenzen), Breslau (Sperrung über Baum-  
gart wegen Maßregelung);

##### Prov. Sachsen und Anhalt:

Barby (Aussperrung der Maurer), Trebitz a. d. E.  
(Sperrung über Eltner in Schnellin);

##### Königr. Sachsen:

Leipzig (Sperren über die Bahnhofsbauten der  
Unternehmer Risse & Lingeleben aus Halle,  
Bernsdorf aus Dresden und Marion in Leipzig),  
Müßeln b. Dresden (Sperrung über Dammler &  
Petzold);

##### Hannover:

Helmberg a. d. W. (Sperrung über Dechow), Elze  
(Sperrung über Beplate), Emden (Streik);

##### Oldenburg:

Wildeshausen (Sperrung über den Unternehmer Holl-  
mann);

##### Rheinprovinz:

Orefeld, Oberhausen, Sollingen, Ohligs-Wald (partielle  
Streiks), Wermelskirchen (Sperrung über Hüssel),  
Eibersfeld (Sperrung über Hufenbecher), Bonn (Diffe-  
renzen), Barmen (Sperrung über den Unternehmer  
Harkotte).

### „Christliche“ Mittelstandspolitik.

„Sicherung der Forderungen der Bauhand-  
werker, ein Stück christlicher Mittelstands-  
politik.“ Unter diesem Titel brachte das letzte  
Zentrumsorgan, die „Römische Volkszeitung“, kürzlich  
einen Artikel, der ein drastisches Beispiel dafür bietet,  
mit welcher Unversöhnlichkeit die „Christliche“  
Demagogie ihre Propaganda betreibt. Es wird  
da zunächst die Nachricht erwähnt, daß der Reichstag  
vorausichtlich in der nächsten Session u. a. auch mit

Und wie bringt das Zentrumsorgan die Begründung  
der Behauptung fertig, daß es sich hier um ein Stück  
„christlicher“ Mittelstandspolitik handelt? Es bedient  
sich eines Aufzuges von Heinrich Freese, der im  
Jahre 1897 unter dem Titel: „Wie das freie Rom  
arm wurde“ in der Zeitschrift „Deutsche Volks-  
stimmen“ erschienen ist. In diesem Aufsatz wird ge-  
schilbert, wie seit 1870 von Spekulantens Roms mit  
Grundbesitz und Häusern Schwindeln getrieben  
würden und wie infolge der Spekulation der Preis  
des Grund und Bodens ungeheuer stieg. Es sind das  
bekannte Erscheinungen, die uns in allen Großstädten  
entgegenreten: das Wuchern mit dem Boden und  
mit den Häusern und die wucherliche Steigerung der  
Bodenpreise. Am Schluß seiner Darlegungen sagt  
der Verfasser:

„Wäre es als Recht und Pflicht der Gemeinde angesehen  
worden, auf die zur Stadterweiterung erforderlichen Terrains  
ihrerseits die Hand zu legen, so hätten die Bauhandwerker ihr  
Geld behalten und Rom wäre aller finanziellen Sorgen ledig.  
Das Bauhandwerk und Kaufleute in der Lage der Hand-  
werker und Bauferanten ist für mich, daß, wie mir von gut  
unterrichteter Seite berichtet wurde, die schauhafte Sage  
der römischen Bauhandwerker erst eine Mißgilt  
des neuen Staates ist. Es wurde behauptet, daß der  
viel berühmte Kirchenstaat seine Handwerker nicht zu Grunde  
richtete, sondern für alle ihre Leistungen für Neubauten mit  
einem Vorrecht vor den Hypothekengläubigern ausgestattet hatte.  
Ich habe mich bemüht, die betreffenden gesetzlichen Bestimmungen  
der päpstlichen Regierung ausfindig zu machen. Der Redakteur  
des „Observator-Romano“ brachte mich auf die richtige Spur,  
und nach einigen vergeblichen Ver suchen erlangte ich auch den  
Regolamento Legislativo e Giudiziario von Gregor XVI.  
aus dem Jahre 1834, in dessen Kapitel III unter den privilegi  
sugli immobili (Rechte auf Immobilien) sich richtig in den  
§§ 88-95 ein Vorrecht vor den Hypotheken für  
Architekten, Unternehmer, Maurer und andere Arbeiter für den  
durch ihre Arbeit und Auslagen erzeugten Wertzuwachs mit  
einem Eintragungsvorrecht binnen zwei Monaten nach Fertigstellung  
der Arbeiten und auf Grund einer Sachverständigenbescheinigung  
über das Vorhandensein und den Preis der Arbeiten vorfindet.  
Ein Recht, das nicht an eine schon vor Inangriffnahme der  
Arbeit — also zu einem Zeitpunkt, in dem die Zahlungsunfähig-  
keit des Bauherrn noch gar nicht feststeht — aufzunehmende  
erste Lage verbunden war, wie im französischen Code civil,  
und das einen vollkommener Schutz gegen schuldlos werdende Hypotheken-  
gläubiger gewährte. Die Weisheit unserer Bürgerlichen Gesetz-  
bücher hat sich zu diesem Schutze der Handwerker gegen den  
Baufschwindel und seine bunten Hintermänner, die Bauhelfer-  
pekulanten und Geldgeber, leider nicht aufzumühmen vermocht.“

Der Verfasser kommt zu folgenden Schlussfolgerungen:  
„Wie leidet dieses Gesetz des Kirchenstaates wieder eine  
treffliche Illustration zu der angeblichen Wichtigkeit des da-  
maligen Regiments, die die Tagespresse früher nicht müde wurde,  
in den geistlichen Parteien zu schäffern, und über die man uns in  
Deutschland so viele Wären aufgebunden hat. Die alten römischen  
Bauhandwerker denken darüber anders. Für sie hätte das  
pariarische Regime Schutz und Wohlfahrt, während  
das angebliche Recht, sehr parlamentarisch verlegte Staaten sie mit  
feinen den übrigen Kulturstaaten nachgebildeten Hypotheken-  
unrechten zu Grunde gehen läßt. Wir müssen an diesen Bei-  
spiel unserer modernen Gesetzgebung, die dem Spekulantem vor  
dem Kräftigsten, dem Geldgeber vor dem Bauferanten, dem  
Hypothekengläubiger vor dem Bauwerkmeister ein unbedingtes  
und rückfallslos ausgenommenes Vorrecht verschafft hat, wieder  
einmal den Spiegel der Wahrheit vorhalten und zeigen, was  
es sein will und in Wirklichkeit ist: das kollektierte

„Es ist in der Tat die höchste Zeit, daß das Justiz-  
ministerium, in welchem nach den in die Zeitungen gelangten  
Mitteilungen an einem Gesetzentwurfe zur Sicherung der Forde-  
rungen der Bauhandwerker gearbeitet wird, zu einem Ergebnis  
kommt.“

Zunächst stellen wir folgende Tatsachen fest: Was  
der Kirchenstaat im Jahre 1834 gewährte, die Mög-  
lichkeit der Sicherung eines Vorrechtes für Baumeister  
und Bauarbeiter, das findet seine Begründung bereits im  
alten römischen Recht. Und schon rechtlich ein halbes  
Jahrhundert vor dem Gesetz des Papstes Gregor XVI.  
ließ der unchristliche König Friedrich II. von  
Preußen in das unter seinem Regiment entworfene  
Allgemeine Landrecht, § 971 I. 11, die Bestimmung  
aufnehmen, daß bei Bauten dem Wertmeister und  
den Arbeitern „in Ansehung der darin verwendeten  
Materialien und Arbeiten ein Vorrecht zusteht“, das  
auch ohne Bewilligung des Schuldners einzutragen ist.  
Ähnliche Bestimmungen finden sich im Code civil  
Art. 2103, im bayerischen Hypothekengesetz vom  
1. Juni 1822 § 12 Nr. 9, im württembergischen  
Pfandgesetz vom 15. April 1825 Art. 42, im  
bairischen Landrecht Art. 2103 Nr. 4.

Stab der „Röm. Volks-Ztg.“ diese Tatsachen wirk-  
lich nicht bekannt? Weiß sie wirklich nicht, daß das  
Gesetz des Papstes Gregor XVI. nur eine Nach-  
ahmung viel älterer Gesetze ist? Wenn sie das  
nicht weiß, verdient sie Bedauern. Weiß sie es aber,  
so treibt sie Hamburg, den gesetzlichen Schutz der Bau-  
handwerker und Bauarbeiter gegen gewissenlose Spekulan-  
ten als einen Ausfluß kirchlicher, resp. christlicher Sitt-  
lichkeits- und Rechtsansichten hinzustellen. Wie jede andere  
Moral- und Rechtsanschauung völlig unabhängig von  
Kirche und Religion aus rein praktischen Motiven  
entstanden, durch die zwingende Kraft äußerer  
Verhältnisse entwickelt ist, so auch die, daß es Pflicht  
der Gesetzgebung sei, die ehrliche Arbeit gegen Betrug  
und Schwindel zu sichern. Es ist eine ins graue Gebe-  
nium zurückgehende Rechtsidee, daß, wer seine Arbeits-  
kraft oder seine Mittel vorgezogen hat, um etwas  
herzustellen, dessen voller Wert einem anderen zufällt,  
Anspruch darauf hat, Sicherheit für die vereinbarte  
Zahlung zu erhalten.

Die „Röm. Volks-Ztg.“ set weiter darauf hin-  
gewiesen, daß auch das Bürgerliche Gesetzbuch für  
das Deutsche Reich, § 648, das Recht der Bestellung  
einer Sicherheitshypothek für Vergütung von an  
einem Bauwerk geleisteter Arbeit einräumt, allerdings  
ohne ein Vorrecht. Aber die Zentrumsfraktion des  
Reichstages hat ja im Bunde mit den konservativen  
und antisemitischen Mittelstandspolitikern bei Schaffung  
des Bürgerlichen Gesetzbuches die Entziehung ge-  
habt — weshalb also hat sie ihre ausschlag-  
gebende Stellung nicht benutzt, um eine be-  
friedigendere Bestimmung zu erzielen? In der  
Kommission zur Vorbereitung des Bürgerlichen Geset-  
buches war von sozialdemokratischer Seite die Auf-  
nahme eines Paragraphen folgenden Wortlautes be-  
antragt worden:

„Als eine Arbeitsleistung für ein wirtschaftliches oder gewerbliches Unternehmen geleistet, so haftet für die Entrichtung des Lohnes außer dem unmittelbar Vertragsschließenden derjenige, in dessen Nutzen die Arbeitskraft vom Arbeitnehmer verwendet ist, falls er wusste oder hätte wissen müssen, daß die Arbeitsleistung vom Vertragsschließenden nicht bezahlt werden kann oder soll.“

Dieser Antrag bewirkte folgende Erklärung der Vertreter der verbündeten Regierungen: „Soweit der Antrag solche Fälle im Auge habe, in denen der Zwischenunternehmer lediglich eine vorgegebene Person sei und die Absicht besäßen, in dessen Nutzen die Arbeitsleistung verwendet wurde, von vornherein dahin gehe, daß diese Arbeitsleistung an den Zwischenunternehmer nicht bezahlt werden soll, genüge dem Schutz der Arbeiter die Vorchrift des § 810, wonach derjenige, der in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise einem anderen vorsätzlich Schaden zufügt, dem anderen zum Ersatz des Schadens verpflichtet ist.“ (Kommissionsbericht S. 89, Reichstagsdruck der Session 1896/97 Nr. 440.)

Dyne Widerspruch von irgend einer Seite konnte in Rücksicht auf diese Erklärung der Antrag zurückgezogen werden. Auch das Zentrum war durch diese Erklärung befreit.

Daß für die Sicherung der Bauforderungen noch eine weitere gründliche gesetzliche Regelung erforderlich sei, hat gerade die Sozialdemokratie stets mit großer Entschiedenheit betont. Auch wir haben uns darüber schon öfter eingehend geäußert, besonders an der Hand des Gesetzesentwurfs der Regierung vom Jahre 1901.

Es handelt sich hier um eine so sehr einfache und klare Frage des Rechts von erheblicher wirtschaftlicher und sozialer Bedeutung, die ebenso wenig spezifisch „christlich“ ist, wie sie spezifisch „sozialdemokratisch“, „liberal“ oder „konservativ“ ist. Es ist keine Parteifrage und vor allen Dingen keine „relligöse“ Frage. Wer sie dazu machen will, macht sich demagogischen Schwindels schuldig.

Nun aber die Hauptsache. Worn hat der Bauerschwindel, welchem so viele Handwerksmeister und Arbeiter mit ihren Forderungen zum Opfer fallen, seine Ursache? Im Grund- und Boden- und Haus- und Wohnungswucher. Und dieser Wucher hat seine Quelle im monopolistischen Charakter des Privateigentums am Boden.

Wie stellen sich die Kirche, der Merkantilismus, die ultramontane Partei zu diesen Zuständen? In den ersten christlichen Zeiten haben „heilig gesprochen“ Kirchenväter St. Ambrosius, St. Cyprianus, St. Clemens, St. Augustin, das Gemeindegut von Grund und Boden verteidigt als der „Ordnung Gottes“ entsprechend. Und als Mörder der Armen erklärte Papst Gregor I. die, welche sich zum Herrn des Bodens gemacht haben: „Sie mögen wissen, daß die Erde allen Menschen gemeinsam ist. . . Es ist daher vergeblich, daß sich die als unskuldig ausgeben, die sich ein Privateigentum aus der gemeinsamen Gottesgabe gemacht haben.“ Später hat die Kirche umgekehrt dieses Privateigentum als der „göttlichen Ordnung“ entsprechend ver-

teibigt. Sie paßte sich der historischen Entwicklung der Eigentumsverhältnisse an und der Merkantilismus und seine politische Partei, das Zentrum, sehen in der sozialpolitischen Forderung nach Abschaffung des Privateigentums von Boden eine Verfüngung an der göttlichen Ordnung, der Merkantilismus hat an der Kodifizierung des Rechtes des Stärkeren „bis zur höchsten Unrechtsgebung“ mitgemittelt; er ist in hohem Grade mitverantwortlich für alle wirtschaftlichen und sozialen Schäden. Wer das Privateigentum von Boden als eine Notwendigkeit erachtet, der muß auch seine Konsequenzen, seinen monopolistischen, wucherischen Charakter, die Spekulation, gelten lassen. Glaubt die „Kön. Volks-Ztg.“ etwa, es sei eine ausgleichende Gerechtigkeit, wenn sie die Rechtsfrage des Schutzes der Bauforderungen, die aus der Ungerechtigkeit des Privateigentums an Grund und Boden resultiert, zu einem „Stück christlicher Mittelstandspolitik“ stempelt? Hat etwa die Kirche oder die Zentrumspartei aus ihrer „sittlichen Anschauung“ heraus den Anstoß zur Herstellung dieser Rechtsfrage gegeben? O, nein! Das haben schon vor drei Jahrzehnten die sozialdemokratischen Bauarbeiter Berlins und anderer Städte getan. Später folgten die handwerklichen Unternehmer nach zu einer Zeit, wo noch lange nicht von einer sogenannten „christlichen Mittelstandspolitik“ die Rede war. Und dann, als die „Frage“ bestand, nahmen sich ihrer die reaktionären Parteien aus rein spekulativen Gründen an und drehten sie in ihre „Mittelstandspolitik“ hinein, die alles in allem gar keinen anderen Zweck hat, als die Masse der kleinen selbständigen Gewerbetreibenden der Reaktion dienlich zu machen. Die Handwerksmeister und die Arbeiter des Baugewerbes, denen es darum zu tun ist, die Frucht ehrlicher Arbeit vor Schwindlern sicher zu stellen, können auf die Phrasen von der „christlichen“ Praxis kein Gewicht legen.

### Maurerbewegung.

#### Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Der Oberhaußen wird berichtet, daß der Unternehmer S. Gehring die Forderung der Streikenden anerkannt hat. Die Sperre über seine Bauten — auch in Marzloch — ist daher aufgehoben.

Der Solinger Streik erstreckt sich auch über Döhlitz und Wald. Als hätten auch die Unternehmer in diesen Orten über die Bewilligung der Forderung etwas anders denken können, als bei der letzten Ueberstimmung ihrer Solinger Kollegen.

Gau Bremen. Der Streik der Maurer in Embden dauert fort. Die Unternehmer weigern sich vorläufig noch hartnäckig, zu unterhandeln. Sie sind auf der Suche nach „Arbeitswilligen“, und es ist ihnen auch gelungen, bis jetzt 27 Mann heranzuziehen: Holländer und Wälderländer. Die Streikenden hoffen bestimmt, daß es ihnen gelingen wird, zunächst die Holländer wieder abzugeben. Wenn dies gelingt, so werden die Unternehmer verhandeln müssen. Viele Bauten müssen vor dem Beginn des Winters unter Dach. Die hiesigen Zeitungen teilen ihr möglichstes, um unter den Streikenden Uneinigkeit zu sän, doch ist dies bis jetzt nach keiner Richtung gelungen, vielmehr sind unsere Kollegen bereit, sich zum äußersten auszuhalten. Die „Drittsächsische Zeitung“ schreibt in Nr. 269 vom Mittwoch, daß bereits 80 Maurer eingetroffen seien, die die Streikenden vollständig ersetzen könnten; weiter, daß die Unternehmer beschloffen hätten, die hiesigen Maurer nicht wieder

eingustellen. Dies alles ist eitel Fluntern; nach einer von den Streikenden angenommenen Statistik ist festgestellt worden: Es arbeiten bei 17 Unternehmern auf 14 Bauten 8 Polier, 26 Gesellen, 2 Lehrlinge und 46 Bauhilfsarbeiter. 10 Bauten liegen vollständig still. Auf diesen Bauten haben vor dem Streik 158 Gesellen gearbeitet, wovon 160 dem Zentralverbande angehören: Es geht hieraus hervor, daß unsere Kollegen frohen Mutes in die Zukunft sehen können. Abgesehen sind 58 Tage und 13 verbeiratete Kollegen. Wir richten das bringende Ersuchen an alle Kollegen, den Zugang nach Embden fernzuhalten, damit es uns gelingt, die Unterhändler zu Unterhandlungen zu zwingen. Vornehmlich ersuchen wir die Kollegen von Aurich, Norden und Berr, dafür zu sorgen, daß die Maurer in den umliegenden Ortschaften über den Streik in Embden aufgeklärt werden. Dann wird es uns gelingen, den Sieg an unsere Fahnen zu heften.

Weiter haben wir feststellen können: Von der Firma Golewisch & Köhner sind einigen der „Arbeitswilligen“ Neudorfer geliefert worden, damit sie sich „gegen die Uebergriffe der Streikenden“ schützen können. Die Folge davon war natürlich, daß in der Mittagspause Schiffschlangen von den Herren „Arbeitswilligen“ veranstaltet wurden. Um Unglücksfälle möglichst zu verhüten, haben wir der Polizeibehörde Mitteilung davon gemacht. Einige Mißstände auf dem Hauptbahnhof sind auf unsere Beschwerde hin sofort beseitigt worden. Daß die Unternehmer frampfhafte Anstrebungen machen, ist selbstverständlich. Die Kollegen verhalten sich aber sehr besonnen und die Polizeibehörde haben bis jetzt keine Verantwortung gehabt, uns zu fördern. Daraus ist natürlich das ganze Programm der Unternehmer in Unordnung geraten.

Eine Sperre aus eigenartigen Gründen mußten unsere Kollegen in Eickeln mit wieder verhängen. Ein Baubere Name's A u s c h a g hatte gegen den Willen des Voliers sich Maurer durch Polizeibeamten zum Bau weisen lassen, weil sie sich insolge Regenwetters nach der Mittagspause etwas verspätet hatten. Nach der Ansicht des Bauherrn sollte die Maurer bestrafen gewesen sein, was aber nicht nur von diesen, sondern auch von den übrigen am Bau beschäftigten Maurern bestritten wird. Angebotene Vermittlungen der Lohnkommission lebte Neuschick sich auf Zureden des Unternehmers in der schandestrigsten Weise ab. Nunmehr legen alle Maurer die Arbeit nieder. Das half. Nauchig müßte in die Wiedererteilung der Gemärgelten, und nach einer kurzen Bedenkzeit erklärte er sich auch bereit, den Maurern eine Entschädigung für den entgangenen Arbeitsverdienst zu zahlen.

In Danzig streiten bei der Firma Fey noch gut 100 Kollegen. Die Ungelegenheit würde schon geregelt sein, wenn die Danziger Maurer etwas mehr Solidarität im Leibe hätten. Fey zahlt auf einigen Bauten 45 A, auf anderen nicht. Würden nun auch die Kollegen, die 45 A erhalten, die Arbeit einstellen, so würde Fey schon gezwungen gewesen sein, für alle Bauten zu bewilligen. Da aber an einigen Bauten die Arbeit vollständig ruht, die Arbeit auch sehr dringend ist, muß sich die Geschäftsführung doch wohl bald dazu herbeilassen, die gerechte Forderung anzuerkennen. Es ist notwendig, daß alle Kollegen Danzig meiden, denn ist es zu erwarten, daß verjucht wird, von außerhalb Maurer heranzuziehen. Wenn die Kollegen in allen Orten auf dem Posten sind, wird es wohl möglich sein, Fey und Genossen endlich einmal das Handwerk zu legen.

In Graudenz ist die Sperre über K a w s t k i zu Gunsten der Gesellen erlosch.

In Bromberg ist über vier Unternehmer die Sperre verhängt, weil sie die Lohnforderung von 45 A noch nicht bewilligt haben. Die Unternehmer suchen Maurer in der Provinz für 42 A. In den ersten Tagen der verfloffenen Woche haben sich auch einige Maurer gefunden und haben für diesen Lohn die Arbeit aufgenommen. Von dem Bürgermeister wird versucht, eine Verständigung der Parteien herbeizuführen. Ob es gelingen wird, Frieden zu schließen, ist noch fraglich, da sich die Unternehmer noch in dem Traun wiegen, daß es möglich sein werde, den Zweigverein des Verbandes zu zerlören. Von diesem Bahn müssen sie erst vollständig kurieren werden. Und dann werden es die Bromberger Unternehmer genau so machen, wie es in anderen Orten geschehen ist: sie werden die Arbeiterorganisation als gleichberechtigt anerkennen. Um aber unseren Bromberger Kollegen den schweren Kampf zu erleichtern, muß jeder Kollege im ganzen Oben, ob auf dem Worte oder in der Tat, dafür sorgen, daß kein Maurer nach Bromberg kommt. Sollten die Unternehmer an einem Orte Maurer suchen, so melde man dies sofort dem Vorpresiden Joh. Meier, Bromberg, Tziboi.

### Wissen ist Macht.

Die Oeffentliche Bibliothek und Lesehalle zu m. entgeltlicher Benutzung für jedermann, Verlin SW., Altagrandenstr. 28, hat am 21. Oktober d. J. ihr viertes Betriebsjahr vollendet. Das Institut hat in diesem Jahre an innerem Wert dadurch erheblich gewonnen, daß Ende Mai das gedruckte Bücher-Verzeichnis fertiggestellt und ausgegeben werden konnte. Dasselbe umfaßt 986 Druckseiten und verzeichnet in 19 Abteilungen, die in sich wieder systematisch gegliedert sind, die bis Ende März vorhanden gewesen gesamten Bücherbestände des Instituts. Die Hoffnung, daß die Benutzung der zum Teil sehr umfangreichen wissenschaftlichen Abteilungen sich durch den Katalog erheblich steigern würde, hat sich erfreulicherweise bestätigt.

In der Publikationsbibliothek wurden im vierten Betriebsjahr im ganzen 61 675 Bände nach Kaufe berliehen, von denen 16 Bände in Verzug gerieten. Von dieser Gesamtziffer entfallen 45 849 Bände auf die schöne und 15 826 Bände auf belehrende Literatur. Im letzteren Teil sind die einzelnen Wissensgebiete in folgender Weise beteiligt: Geschichte und Lebensbeschreibungen 3321, Geographie 2023, Naturwissenschaften 3785, Medizin und Staatswissenschaften, Volkswirtschaft 2106, Gewerbelehre, Technik 1418, Philosophie, Religion, Pädagogik, Sport 1140, Kunst, Musik, Literaturgeschichte usw. 2081 Bände. Die Steigerung der Nachfrage nach wissenschaftlichem Lesestoff wird voraussichtlich im nächsten Jahre noch bedeutender in Erscheinung treten, da mehrere der wissenschaftlichen Abteilungen erst vor wenigen Monaten der Benutzung übergeben werden konnten. Im ganzen sind im vierten Jahre 75 181 Bände in und außer dem Hause entliehen worden; in den vier Betriebsjahren zusammen 247 608 Bänden. Der Leserkreis der Ausleihbibliothek, welcher täglich wächst und jetzt 7476 Personen umfaßt, dehnt sich durch alle Stadien bis in die Vororte hinein aus. Die beschriebenen Verufe sind mit fol-

genden Differenz vertreten: 3812 gewerbliche Arbeiter, 1907 Kaufleute und weibliche Handelsangestellte, 135 Ärzte und Juristen, 307 Staats- und Privatbeamte, 249 Lehrer und Lehrkräften, 122 Studenten, 317 Seminaristen und Schüler und 666 Personen ohne Beruf.

Die Lesesäle wurden im vierten Betriebsjahr von 64 668 Personen und zwar 62 256 Männern und 2412 Frauen, in den vier Jahren zusammen von 215 603 Personen besucht. Die Zahl der hier ausliegenden periodischen Schriften hat wiederum eine Vermehrung erfahren und beträgt jetzt 510 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung. Die im Arbeitszimmer der Lesehalle aufgestellte, 1149 Bände zählende Raschke'sche Bibliothek wurde von Besuchern in umfassender Weise zu Male gezogen.

Die Gesamtzahl der Besucher, die im vierten Betriebsjahr Bibliothek und Lesehalle benutzten, belief sich auf 126 343 Personen. Seit der Eröffnung vor vier Jahren haben insgesamt 420 874 Personen das Institut aufgesucht. Die Haltung des Publikums war während der ganzen Zeit eine musterhafte.

Das Institut ist werktäglich von 6½—10 Uhr Abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—1 und 3—8 Uhr geöffnet.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek. Unter diesem Titel beginnt unser Parteiverlag, Buchhandlung Vorwärts, ein neues Unternehmen, dem wir den besten Erfolg wünschen.

Zur Einführung veröffentlicht der Verlag folgenden Prospekt:

Die Gesundheit ist des Arbeiters einziges Gut. Erhaltung der Gesundheit ist gleichbedeutend mit Erhaltung der Arbeitskraft. Darum ist der Arbeiter an der Hygiene, derjenigen Wissenschaft, welche von der Erhaltung der Gesundheit und Krankheitsverhütung handelt, in noch höherem Grade interessiert als der Restende.

Die Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek will dieses Interesse unter den Arbeitern wecken, Ueberlauben und Vorurteile insbesondere auf dem Gebiete der persönlichen Gesundheitspflege beseitigen und Erkenntnis und Verständnis der modernen Hygiene fördern.

In gemeinverständlich Darstellung, unter besonderer Berücksichtigung der Arbeiterverhältnisse sollen in loer Auseinanderfolge die für den Arbeiter wichtigsten Abschnitte aus dem weiten Gebiete der Gesundheitspflege vor erfahrenen Vezten bearbeitet werden, so zwar, daß jedes Heft für sich ein abgerundetes Ganzes bildet.

Heft I behandelt die erste Hilfe bei Unglücksfällen und dürfte insbesondere für die Mitglieder unserer Arbeiter-Samaritaner-Vereine unentbehrlich sein.

Heft II bringt die Hygiene des Säuglings und sollte in keiner Arbeiterfamilie fehlen.

Heft III handelt von der Hygiene der Zeit und enthält für unsere haltende, nervenzerstörende Zeit beherzigenswerte Ringe.

Finden diese Hefte genügende Beachtung und tatkräftige Unterstützung seitens der Parteigenossen, so sind des weiteren die Hygiene der Schulzeit und der geschlechtlichen Entwicklung, die gesundheitlichen Gesichtspunkte bei der Berufswahl des Arbeiters, die Fragen des Geschlechtsverkehrs und die Verhütung der Geschlechtskrankheiten, die Ernährung und die Alkoholfrage, die Hygiene der Arbeit; die Gewerbekrankheiten, die Verhütung der Arbeitszeit vom Standpunkt der Gesundheitspflege usw. usw. in Aussicht genommen.

Der Verlag glaubt mit dieser Bibliothek eine Lücke in unserer Literatur auszufüllen und bietet um recht rege Unterstützung der Parteigenossen. Namentlich machen wir auch die Krankentagen auf die Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek aufmerksam, deren Aufgabe es ist, ihre Mitglieder vor Krankheiten zu schützen und die deshalb in hervorragendem Maße an der Erkenntnis der Krankheitsverhältnisse interessiert sind.

Eine gute Wirkung erzielte der Zweigverein Spandau mit der über das Baugeschäft von Hanne verhängten Sperre. Dagegen erliefte dieselbe im Aufsehung der Sperre und gab gleichmäßig die schriftliche Erklärung ab, in welchem Geschäft keine Arbeitermänner zu beschäftigen. Eine Mitgliederversammlung beschloß am 31. Oktober, die Sperre aufzugeben. Die Sperre hat zwölf Wochen bestanden.

Aus Anchen (Märk) wird telegraphiert, daß bei Borsman und Rnauser sämtliche Bauarbeiter ausgesperrt worden sind.

Die Sperre in Erfurt haben unsere Kollegen erfolgreich durchgeführt, nachdem sie zuvor noch auf alle Bauten des Unternehmers Kaufse ausgebrochen worden war. Daraus sind heute Kaufse alsbald beim Obermeister der Zunung den Antrag auf Aufhebung der sämtlicher organisierter Maurer gestellt. Der Obermeister hat dann den Gesellenausschuß einbezogen und auf dessen Verlangen auch unseren Gouvordisenden eingeladen. Kaufse mußte die hauptsächlichsten Forderungen der Gesellen als berechtigt anerkennen und er bewilligte sie dann auch. Am Donnerstag haben die Kollegen die Arbeit wieder aufgenommen.

Sperre über den Neubau der Gasanstalt in Speter. Trotz der vorgeschrittenen Jahreszeit waren die Maurer in Speter gezwungen, über den vom Unternehmer Friedrich Graf jun. ausgeführten Bau der Gasanstalt die Sperre zu verhängen. Ehe zu diesen letzten Schritte gegangen wurde, war alles versucht worden, die Differenzen auf friedlichem Wege zu schlichten. Es gewann auch den Ansehen, als ob alles friedlich erledigt werden könnte. Der Unternehmer Graf machte Versprechungen, doch es stellte sich heraus, daß bei Herrn Graf versprochen und halten zweierlei ist. Die Gründe zur Sperre sind folgende: In Speter ist seit Jahren zwischen Maurern und Unternehmern ein Stummeln von 40 A herab. Der Unternehmer Friedrich Graf jun. zahlte über einigen Maurern statt 4 A nur 3 bis 3,50 täglich. Hierbei zur Rede gestellt, sagte Graf zu, daß er 4 A zahlen wolle. So geschah es auch; aber zugleich mit ihrem Lohn erhielten die Kollegen ihre Entlassung. Am Montag darauf wurden die Entlassenen bei Graf nochmals vorbestellt; er wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die Arbeiter an der Gasanstalt beschäftigten Maurer sich solidarisch erklären würden. Diese Unterhandlungen hatten den Erfolg, daß Graf die Entlassenen am Dienstag, den 29. September, wieder arbeiten ließ. Doch der Friede währte nicht lange. Am Donnerstag, den 1. Oktober, wurden die Gouvordisenden wieder entlassen. Anstellung und Entlassung wiederholten sich noch einige Male. Endlich wurde es den Kollegen doch zu bunt. Es fand am 10. Oktober d. hiesig eine Versammlung statt. Die Lokalkommission wurde beauftragt, beim Unternehmer Graf wegen Wieder Einstellung der Entlassenen vorstellig zu werden. Das Resultat der Unterhandlung war, daß Graf sich bereit erklärte, vier verdrähtete Kollegen wieder einzustellen. Am 13. Oktober wurde von neuem los: Dienstag, den 18. Oktober, wurden sie eingestellt und, trotzdem Graf bei den Unterhandlungen versprochen hatte, niemand zu maßregeln, wurden die vier bereits Donnerstag, den 16. Oktober, wieder auf das Straßengelände geworfen. Am Samstag, den 17. Oktober folgten weitere zehn Mann. Samstag, den 18. Oktober beschäftigte sich eine weitere Versammlung mit dieser Angelegenheit. Es wurde beschlossen, daß am Montag, den 19. Oktober, eine Kommission beim Bauamt nachtragen sollte, ob für die Entlassenen keine Arbeit mehr vorhanden gewesen sei. Vom Bauamt wurde angegeben, daß Arbeit für die Leute vorhanden gewesen wäre. Darauf wurde die Kommission beim Bürgermeister vorstellig; auch hier erhielt die Kommission das Versprechen, daß die Maurer wieder beschäftigt werden sollten und zwar innerhalb acht Tage. Doch trotz dieser Versprechungen wurden unsere Kollegen nicht wieder eingestellt. Sonntag, den 25. Oktober, wurde in einer weiteren Versammlung beraten, was nun geschieden solle. Es wurde beschlossen, daß Montag, den 28. Oktober der Gouvordisende Horter im Wissen eines hiesigen Kollegen nochmals beim Unternehmer Graf vorstellig werden sollte. Dies geschah. Bei dieser Unterhandlung versprach Graf auf das Bestimmteste, daß bis zum Donnerstag, den 29. Oktober, spätestens aber bis Montag die Maurer wieder eingestellt würden. Auch dies bestimmte Versprechen wurde nicht gehalten. Die Versammlung am 2. November hatte ausdrückliche erklärt, bis Montag, den 2. November, von härteren Maßnahmen abzugehen, weil fast vier verdrähtete Kollegen in Frage kommen. Doch am Montag war dann die Schuld zu Ende. Ueber vier Wochen ist unterhandelt worden, an solchen Versprechungen hat es während dieser Zeit nicht gefehlt, doch die Versprechungen auch zu halten, ist niemand eingegangen, am wenigsten dem Unternehmer Graf. Fast einstimmig wurde Montag in der Versammlung beschlossen, die Sperre zu verhängen. Sie muß nun auch durchgeführt werden. An die Maurer allerorts riefen wir die Mahnung, etwaige Unterbungen zu verhindern zu suchen und den Zugang fernzuhalten.

Am 8. November ist die Sperre wieder aufgehoben worden, weil Graf sämtliche Forderungen der Streikenden schriftlich anerkannte. — Die Differenzen beim Unternehmer Thiery sind ebenfalls zu Gunsten der Kollegen erledigt. Die Streikenden haben durch ihr festes Zusammenhalten einen schönen Erfolg zu verzeichnen. Wünschenswert wäre es, daß die Maurer überall so fest zusammenhängen.

Die Magdeburger Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter wollen den Kampf gegen die „Strohmannen“ im Baugewerbe aufnehmen. Anschließend an die Vorgänge, die sich im letzten Jahre mit konstanter Regelmäßigkeit vor dem Magdeburger Gewerbeamt abgespielt und die sich insbesondere mit der Beschäftigung des Strohmännchens im Baugewerbe beschäftigt haben, hat eine öffentliche Versammlung der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter einen Beschluß herbeigeführt, wonach Bayern, wo der Unternehmer den Lohn schuldig bleibt, so lange als gelperrt zu betrachten sind, bis sich der eigentliche Arbeitgeber schwarz auf weiß verpflichtet hat, die Regelung der Lohnzahlung zu übernehmen.

**Versammlungen und sonstige Bewegung.**

„Sozialdemokratischer Terrorismus“  
Ist seit Jahre und Tag ein beliebtes Schlagwort der bürgerlichen Zeitungsschreiber — auch in gerichtliche Urteile hat dieser Wortschlag schon Eingang gefunden. Eine besonders feine Bitterung für den „Terrorismus“ haben die katzenhaften Zeitungen — voran die „Germania“ — und die

„christlichen“ Gewerkschaftsblätter. Auch die allergehörigsten Kreise passieren, kein Mensch aufregt, suchen die bezeichnenden edlen Zeitungsgewerkschaften zum „Terrorismus“ umzuliegen, wenn Mitglieder der verhängten Zentralverbände daran beteiligt sind. Uns ist der Schwab, der sich mit einer gewissen Regelmäßigkeit wiederholt, zu bumm, und wir nehmen darum in den wenigsten Fällen Notiz davon. Nun haben aber „Germania“ und Konkorten Bundesgenossen bekommen, und zwar von einer Seite, von der es wohl niemand erwartet hat. Es ist die hyper-sozialdemokratische

**„Einigkeit“**

das von Kater und Pechler redigierte Blatt der „sozialdemokratischen“ Verbandsgegner, das sich in ihrer Nr. 44 folgende Denunziation leistet:

**Zur Warnung an diejenigen, die es angeht!**

Es ist in letzter Zeit mehrfach und gemedelt, daß einzelne „sozialdemokratische“ Verbände, aufgeregt durch die Schimpereien und Hebereije gewisser gewissenloser Rekrutanten und hegerischer Agitatoren an Mitglieder der „Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften“ angeschlossen Organisationsberatern und sie durch Verhängung mit Gewaltmaßnahmen oder mit Boykottierung zwingen wollen, den Verbandsorganisationen beizutreten oder mindestens Beiträge für die veränderlichen Organisationsorgane zu zahlen oder ihre Marken zu kaufen, und es versuchen und teilweise es auch erreichen, sie aus der Arbeit zu vertreiben, wenn sie diesen Zwang nicht erweichen.

Diese Fanatiker wissen es sehr gut, welche sehr schwere Strafe sie treffen muß, wenn ihr Tun zur Kenntnis der Behörden kommt. Zur Vermeidung darüber teilen wir hier nochmals folgenden Rat mit: Folgt ein Ausgang aus dem Breslauer Urteil gegen Machote. (Siehe „Grundstein“ Nr. 44. Red. des „Orbit“.)

**Die Denunziationen fahren fort:**

Wenn nun dennoch aus mehreren Orten, die wir hier nicht nennen, fortgesetzt solche Schikane gegen unserer Zentralisation angehörige Genossen gemeldet werden, so nehmen wir wohl nicht falsch an, daß die Verbändler beabsichtigen, durch diese wirtschaftliche Schädigung unserer Genossen diese zu einem überlegten Abwehrrat zu zwingen und zu veranlassen, die Sache der Staatsanwaltschaft anzuzeigen, um dann einen Agitationsgrund gegen unsere Organisationsorgane zu erhalten, indem man sie als Denunziationen hinstellt. Wir bitten unsere von den Verbänden-Fanatikern so gemißhandelten Genossen also, solange sie sich noch anders helfen können, — und das wird ihnen doch in der Regel nicht schwer sein, — diesen Schritt nicht zu unternehmen, sondern in dem toben und unlegitimen Verhalten der Fanatiker nur die Wirkung der Verrohung zu erblicken, die die Verbandsverziehung verschuldet hat, sich um so enger an unsere Organisationsorgane anzuschließen und selbst unter allen Umständen, auch so wie in der Mehrzahl sind, sich gegen gefährliche, unvorsichtige und unkluge Verhalten zu vermeiden.

Das Verfahren ist eben gefährlich, denn der rohe Patron, der seine Kollegen mit Arbeitslosigkeit bedroht, sieht sich der Gefahr aus, schwer bestraft zu werden, wenn, auch ohne daß eine Strafanzeige erfolgt, die Behörde von solchem Vernehmen Kenntnis erhält; denn der Fall wird auch von Amtswegen verfolgt.

Diese elende Denunziation ist unterzeichnet von der „Geschäftskommission der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften“.

Die Geschäftskommission hat ihrem in samem Nachwort die Form einer „Warnung“ gegeben, die an Freund und Feind gerichtet scheint. Die Denunziation an den Staatsanwalt lautet aber aus jeder Zeile hervor: Paß auf, Staatsanwalt, so und so machen es die „Verbändler“ mit uns friedliebenden, gebildigen Schafen. Aber bald bekommt Du Arbeit; denn unsere „frei organisierten Männer“ sind kaum noch zu halten, sie brennen darauf, Dir einige der „rohen Verbändler“ ans Messer zu liefern. Den Mitgliedern der „Freien Vereinigung“ wird nicht etwa gesagt: Ihr dürft nicht denunzieren, sondern sie werden nur gebeten, diesen Schritt nicht zu unternehmen, solange sie sich noch anders helfen können. — Gleichzeitig wird ihnen aber, auch ein-Weg angegeben, um die direkte Denunziation zu umgehen. Solche Fälle werden von Amtswegen verfolgt; man braucht also nur in den Versammlungen darüber zu reden und in der Zeitung darüber zu berichten.

Ein solcher Fall liegt denn auch schon vor, wie wir dem „Bauhilfsarbeiter“ entnehmen. Am 8. Oktober fand in Magdeburg eine Versammlung der losorganisierten Handhilfsarbeiter statt, in der der Bauarbeiter „Genosse“ Jörg nach dem Bericht in der „Einigkeit“ vom 10. Oktober, auf einen Vorfall hinwies, bei dem ein Mitglied seiner Gewerkschaft auf Veranlassung des Vertrauensmannes des Zentralverbandes seiner Arbeitsstelle verlustig ging, indem der Vertrauensmann dem Kolier mit einer Arbeitsniederlegung der Bauarbeiter, Zimmerer und Maurer drohte, wenn er den Mann nicht entlasse. „Mit tiefer Entrüstung“, so bezeichnet der Bericht weiter, nahmen die Kollegen diese Bekanntmachung auf und wähen ihrer Meinung dahin Ausdruck, sich mit den freien Vereinigungen der Bauarbeiter und Zimmerer ins Einvernehmen zu legen zwecks gemeinsamer Stellungnahme gegenüber diesem terroristischen Vorgehen der Zentralisten.“

Diese Aussprache in der Versammlung (vielleicht auch der Bericht in der „Einigkeit“) hat schon das von den „freien Männern“ gemündete Resultat gezeitigt. In einer am 5. November in Magdeburg abgehaltenen Bauhandwerker-Versammlung machte der Bauarbeiter Wöhe die Mitteilung, daß er auf Grund des Vorgehens der „Freien Vereinigung“ eine Anklage wegen Bösgläubigkeit und Erpressung erhalten habe.

Der „Vorwärts“, das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei, hat die „Warnung“ der „Einigkeit“ sofort gebührend gebrandmarkt. Unser Parteiorgan schreibt (Nr. 256, 1. Kol.):

„Eine landläufige Denunziation der eigenen Kampfgenossen, lediglich weil sie mit ihnen taktisch nicht einer Meinung, leistet sich die neueste Nummer der „Einigkeit“. Mit Schaudern und Bewauern vernimmt die gesamte Arbeiterchaft die harten Urteile, die von den bürgerlichen Gerichten gegen Arbeiter gefällt werden, die aus Temperament oder wegen unzureichender Bildung, für die wahrlich nicht sie die Schuld tragen, im Verkehr mit ihrer Organisation fernstehenden oder gar derselben Feindlichen nicht die Grenze im Auge behalten wissen, welche Geheg und Sitte im Interesse des Zusammenlebens nun einmal gezogen haben. Wir bebauern und verurteilen es immer, wenn Leute sich hinreichend lassen, Unorganisierten mit Drohungen oder gar Schlägen entgegenzutreten; aber wenn taakt nicht das Wort einem Verräter gegenüber und wenn halt sich nicht die Faust, wenn dieser Verräter kalt höhnisch, hinter Gehegsparagrafen beschnitzt, sein schönes Handwerk im Angehichte der Verurteilung weiter ausübt. So begreifen wir wenigstens die Handlungsweise der Leute, die wir verurteilen. Sie bleiben trotz ihrer Verfehlungen in unseren Augen unablöseliche Ehrenmänner, und wenn bürgerliche Gerichte, welche sie nicht verleben können, über sie schwere Strafen verhängen, dann bebauern wir sie und meinen, wir wären darin mit der ganzen Arbeiterpresse einig.“

Da kommt ein Arbeiterblatt her, die „Einigkeit“, das Organ der losorganisierten Gewerkschaften, und nimmt den zuletzt vorgelommenen Fall des Maurers Machote in Breslau her, um nach Art der „Post“ und ähnlicher Blätter gegen die Zentralorganisierten Gewerkschaften zu gehen. Machote wurde zu der furchtbaren Strafe von einhalb Jahren Gefängnis verurteilt, weil er zwei nicht organisierte Maurer zum Eintritt in die Gewerkschaft aufgefordert hatte. Er war ihnen dabei auf den Leib gerückt, hatte gedroht, daß die organisierten Kollegen nicht mit ihnen zusammen arbeiten würden, und soll einen von ihnen dabei auf die Kehle getreten haben. — Dafür das harte Urteil von einhalb Jahren Gefängnis!

Ein Schrei des Entsetzens ging durch die ganze Arbeiterpresse über dieses Urteil; in der „Einigkeit“ findet dieser Schrei keinen Wiederhall! Kein Wort des Tadelns wird laut gegenüber den Unorganisierten, die sich der Vereinigung ihrer Kollegen zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen fernhielten. Dafür aber schmeißt man der Schatzmachere Presse und beschuldigt schlanke, Einzelfälle verallgemeinern, für die man noch nicht einmal einen Beweis erbringt, die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Organisationen des schlimmsten Terrorismus!

Diese schofele Denunziation von Arbeitsbrüder bei den Schatzmachern und Behörden, die Aufforderung, die Klassenjustiz auf unliebame Kollegen zu hegen, steht in einem — Arbeiterblatt! Sie steht in einem Organ, das sich immer noch bis jetzt damit gerührt hat, den Klassenstandpunkt schärfer zu vertreten, als irgend ein anderes Gewerkschaftsblatt!

Ein Arbeiterorgan trägt Material herbei zu Buchstabenverlogen!

Ist unerhörteres schon in der Arbeiterbewegung geschehen?

Eine Reihe von Partei- und Gewerkschaftsblättern hat sich dem Urteil des „Vorwärts“ durch Abdruck des Artikels vollinhaltlich angeschlossen. Der Zentralistenkreis der „Geschäftskommission der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften“ ist so auch in weiten Kreisen der Arbeiterschaft bekannt geworden. Und wenn noch irgend ein Fünkchen von Sympathie für diese Gewerkschaftler geblieben hat, dann dürfte es nun vollends erloschen sein.

Die Redaktion der „Einigkeit“ ist nun mit ihrem vom „Vorwärts“ gezeichneten Portrait nicht zufrieden. Sie sandte dem „Vorwärts“ folgende „Zusfertigung“:

Gänzlich unwahr ist die Behauptung in Nr. 256 des „Vorwärts“ vom Sonntag, den 1. November, daß in der Nr. 44 der „Einigkeit“ eine Denunziation unserer Kampfgenossen enthalten wäre.

Wenn das Wort „Denunziation“ noch überhaupt einen Sinn hat, so heißt es eine offene oder verdeckte Anzeige an eine Behörde, durch die eine Person wegen Verletzung einer gesetzlichen Bestimmung zur Bestrafung gebracht werden soll.

Wir möchten fragen: Wo ist und wie heißt diese Person?

Wir haben in dem vorliegenden Falle geradezu Denunziationen verhindert werden wollen und haben sie verhindert.

Es sind bei der Redaktion der „Einigkeit“ wiederholt Berichte zum Abdruck eingegangen (die auch abgedruckt wurden. Siehe Magdeburg. Die Red. des „Orbit“), in welchen mit Anführung bestimmter, wohl bezeugter Tatsachen sich Mitglieder der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften beschwerten, daß sie durch Verbändler bedrängt worden sind, um sie zu zwingen, den Verbänden beizutreten und deshalb wirtschaftliche Schädigungen erlitten haben. Es lag nun ein Einlauf vor, in dem geradezu erklärt war, nachdem drei Fälle solcher Schädigung vorgekommen sind, und uns keine Gewandlung gegeben ist, werden wir den vierten Fall der Staatsanwaltschaft überweisen. Das wollten und mußten wir verhindern. Einer unserer Funktionäre reifte sofort nach dem betreffenden Ort und wir erließen eine Verwarnung in dem Artikel in Nr. 44 der „Einigkeit“, der an diejenigen Personen, die sich solche Verwegenheiten erlauben wollten, gerichtet war und ihnen an dem Breslauer Beispiel das Gefährliche ihres Handelns handgreiflich zeigen sollte. Unser Zweck ist insofern erreicht, als die Denunziation wirklich unterbleibt und auch ferner wohl unterbleiben wird, auf der Veröffentlichung des Falles in der „Einigkeit“ nicht weiter bestanden wird und die Warnung,

wie die Brut der Verbändler zeigt (Es hatte die sich denn geglaubt die Reb. des „Vorwärts“), wohl auch Erfolg haben wird.

Wir halten die von uns gebrauchte Warnung, die niemandem Bloßstellt, für durchaus angebracht und zweckmäßig. Wir haben ähnlich schon oft gehandelt und werden ähnlich auch in kommenden Fällen handeln, wenn wir es für notwendig halten.

Das ist unsere Erklärung auf die Anspornung im „Vorwärts“, die Resolution der „Einigkeit“.

O. Rehter. Fritz Katz.

Der „Vorwärts“ sagt hierzu: Wir haben von dem, was wir am Sonntag über das Vorgehen der „Einigkeit“ sagten, nicht ein Wort zurückgenommen. Die „Einigkeit“ hat in ihrem Artikel nicht die Demagogik von Arbeitern durch Arbeiter grundständig betrunken, sondern dieselbe für zulässig erklärt. Sie forderte ihre Leser nur auf, die Demagogik zu unterstützen, solange sie sich noch anders helfen können.

Die Resolution hat aber auch aus Anlaß von Einzelfällen, deren Richtigkeit oder Unrichtigkeit völlig belanglos ist, die zentralorganisierten Gewerkschaften den Schaffmachern als Terroristen benannt und eine diesbezügliche Besondere darüber berichtet, daß Gewerkschaften und Verbände vorhanden sind, die diesen Terrorismus anpöbeln.

Die Resolution der „Einigkeit“ hat den Diktator des gewerblichen Fabrikanten Material für eine neue Auflage dieses Propaganda geliefert, aus welchem das gegen Arbeitervölker, welche eine andere Organisationsform für erspriechlicher halten als die „Einigkeit“ und die von ihr vertretenen Gewerkschaften.

Die Resolution der „Einigkeit“ wird zweifellos in nächster Zeit Gelegenheit haben, dafür die Kopierschriften der „Post“, der „Arbeitgeber-Zeitung“ und ähnlicher Organe mit hohem Erdien entgegenzunehmen.

In der neuesten Nummer der „Einigkeit“ wird in einer längeren Erklärung die Minderheitsmeinung festgehalten. Die Resolution der „Einigkeit“ und die „Geschäftskommission“ sind die unschuldigen Sühnämter, und um dies zu betätigen, wird der „Vorwärts“ wie folgt angeklagt:

Wir fordern den Verfasser des Artikels im „Vorwärts“, der sich hinter der Namenlosigkeit verbirgt und uns einer Demagogik unserer Kampfgenossen befähigt, auf uns vor der Öffentlichkeit aus unserem Artikel in Nr. 44 der „Einigkeit“, „zur Warnung“ nachzuweisen, daß durch dessen Wortlaut gegen eine Person in solcher Art der Behörde kennlich gemacht ist, daß ihre Bestrafung wegen Vergehen einer strafbaren Handlung erfolgen könnte, die sie begangen haben soll. Wenn der namenlose Mann dieses befehlen kann, so soll er gerechtfertigt sein, und er das Recht haben, uns anzugreifen. Wenn er diesen Beweis nicht bringt oder sich nur der Weisheit gleich zu brühen sucht, so er eine so fälschliche Anklage erhoben hat, dann werden wir den Verfasser im „Vorwärts“ mit Recht einen ehrlosen Verleumder und Schandfleck nennen.

Die Resolution des „Vorwärts“ hier die diesen lächerlichen Anklagen nicht allzu tragisch nehmen. Das Rehter & Co. nicht begreifen wollen, daß sie viel mehr getan haben, als nur eine Person zu benennen, daß sie einen großen, bestimmt abgegrenzten Personenkreis als Terroristen benannt haben, daß sie natürlich Verleumdung. Das sie es wissen, ist sicher. Der „Vorwärts“ hat es ihnen bewußt gesagt, und ganz so dumme, wie sie sich stellen, sind sie ja doch nicht. Vielleicht ist auch etwas Schamgefühl dabei, das den alten Rehter so in die Welt geraten läßt. Vielleicht auch nicht. Bei der Entwicklung von Intriganten zum Demagoganten ist die Scham wohl längst zu den Hunden entflohen.

Gegen welche Korporation sich die Demagogik der „Einigkeit“ in erster Linie richtet, erfahren wir aus der „Warnung“ und Erklärung nicht. Es wird immer nur von „Verbändlern“ und „zwischen“ auch mal von dem Verbande geredet. Das ist natürlich absichtlich geschwehen, um besser darzulegen und hinterher erklären zu können, daß haben wir ja nicht gemeint, wir haben ja weder Korporationen noch Namen genannt. Also erbärmlicher und gemeingefährlicher ist aber die Demagogation.

Das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission schließt sich der durch den „Vorwärts“ gemachten Charakterisierung der „Einigkeit“-Männer an und fügt hinzu: Wir haben uns von diesen Leuten nie eines anderen versehen und schon vor Jahren die leitenden Parteifreie gewarnt, diesen die einseitige Arbeiterbewegung gefährlich bekämpfenden Elementen Unterschutz und Schutz zu gewähren und damit deren Quertreibereien zu sanktionieren. Seitdem sind diese Leute auf die höchsten Stufen des Arbeitervertrats gestiegen; sie haben zum Organisationsbruch und zum Streikbruch den Massenverrat gefügt, aber noch immer beden sie ihre schmutzigen Pläne mit dem Mantel der Sozialdemokratie. Das das Zentralorgan der Partei dießmal sich heilte, das erste zu sein, daß diesen Verrat aufdeckt, erregt uns die tröstliche Aussicht auf einen längst erwarteten Reingungsaft der Partei, durch den sie für die Führer der Sozialorganismen längst zur Hoffe gewordenen, Einigungsbeziehungen ersetzen könnten. In den deutschen Gewerkschaften würden Leute, die sich solcher Bundesverleumdung machen, wie die von der „Geschäftsleitung“ der freien Gewerkschaften“ verbliche Aufforderung zur Demagogation zu organisieren, mit Schimpf und Schande ausgeschlossen werden. Wir haben kein Verständnis für den Vagant einer Parteiorganisation, die sich diese fortgesetzten unerbötigen Verleumdungen der Klassenfeinde der Arbeiterbewegung ruhig gefallen läßt.

Gau Magdeburg.

In Calbe a. d. Elbe am 25. Oktober eine Konferenz der Zweigvereine Aschersleben, Akenbors, Warby, Biere, Calbe, Geddingen, Aienburg, Schönebeck und Salsfurt. Es waren Vertreter sämtlicher genannter Zweigvereine erschienen. Auf der Tagesordnung stand: Bericht der Delegierten, Agitation, Lohnbewegung.

Der Delegierte von Aschersleben führte u. a. aus, es sei zum größten Teil dem örtlichen Vorstand zuzuschreiben, daß von etwa 350 Maurern nur 60 dem Verbande angehören, aber auch der Gauvorstand sei nicht schuldlos. Dieser letzteren Behauptung wurde von dem Gauvorstand, Kollegen Koch, widersprochen. — In Vorschlag ist die Mitgliedschaft wesentlich zurückgegangen. Der Delegierte betonte, daß diesem Uebel bald abgeholfen sein würde, wenn der Gauvorstand seine dem Sparsystem entsprechende Taktik ändern möchte. — Der Zweigverein hat es den Maurern in diese Angelegenheit; sie haben für die Gewerkschaftsorganisation nichts übrig. — Dagegen konnte Kollege Ritter aus Calbe berichten, daß trotz vieler Schwierigkeiten von den Unternehmern sich der Mitgliederbestand vermehrt habe. Der Zweigverein sei durch Sperren und Ausperrungen stark engagiert gewesen. Für circa 700 verlorene Arbeitstage hätten die Kollegen an Ort selbst die Unterstützung aufgebracht. — Anträge: daselbst für die Stachfurt treffen. Kollege Richter von dort sprach in längeren Ausführungen die Meinung aus, daß die Provinzialstädte zu Gunsten der Großstädte zurückstehen müßten. Diese Meinung fand bei den meisten Delegierten Anhang. Der Gauvorstand suchte diese Anschauungen zu streuen. Weiter betonte Koch, daß in einigen Orten, besonders in Geddingen, Warby, Biere und Aschersleben die Verwaltungen ihre Pflicht nicht getan hätten. Der Rückgang der Mitgliederzahl von 180 auf 60 in Aschersleben müsse sonst als unbegründet bezeichnet werden. Kollege Pape-Calbe machte dem Gauvorstand den Vorwurf, er habe den Verbandsvorstand über den Stand des Calber Streiks falsch berichtet. Die Lohnbewegung sei noch nicht beendet gewesen, als Koch darüber an den Vorstand berichtet habe. Koch ist anderer Ansicht, während Ritter die Ausführungen Papes unterstützte und des Weiteren behauptete, Koch habe die Calber Kollegen durch seinen Bericht mundtot gemacht. — Schließlich wurde noch montiert, daß die Mitglieder in Aienburg nicht den richtigen Beitrag zahlten. Der Lohn beträgt 88 J und muß somit 40 J Beitrag gezahlt werden. Die Aienburger zahlten aber nur 85 J.

In Bezug auf die Agitation und Lohnbewegung gab Kollege Koch verschiedene Anregungen, die sich mit den auf der Magdeburger Konferenz gemachten Ausführungen (S. Nr. 43 b. „Grd.“) bedien.

Der Zweigverein Bremerhaven hielt am 27. Oktober seine Generalversammlung ab, die stark besucht war. 8 Kollegen ließen sich aufnehmen. Einer derselben mußte vorher eine von ihm getane mißbilligende Äußerung über den Verband zurücknehmen und vertrieben, ein treues Mitglied zu werden. Der vom Kassierer vortragene Kassenbericht ergab folgende Ergebnisse: Einnahme und Ausgabe für die Hauptkassa M. 8788,16. Die Einnahme der Lokalfasse inklusive Sparrkassette betrug M. 3822,03, die Ausgabe M. 950,55, so daß ein Kassenbestand von M. 2671,48 vorhanden ist. Von den Rechnungen wurde berichtet, daß Bücher, Zeile und die Kasse in Ordnung waren, sie sprachen aber den Wunsch aus, die Abrechnung möge in Zukunft früher erfolgen. Hierzu gab der Vorsitzende einen Rückblick auf die Bewegung im dritten Quartal. Es sind 7 Vorstands-, 3 Baulegitimierten- und 1 Gesellschafts-Sitzung, sowie 1 General-, 5 Mitglieder- und 6 öffentliche Versammlungen abgehalten worden. In diesen Versammlungen wurden 105 Kollegen in den Verband aufgenommen, wovon 29 für neun- und 2 für achtzehn Wochen die Beiträge nachzahlen mußten. Weiter wurden 6 Agitationstouren in das Umgegendgebiet gemacht, wobei sich die neu eingerichteten Hilfsstellen gut bewährten. Nur diesem System ist es zu verdanken, daß in dem näheren Landgebiet die Kollegen durchweg organisiert sind. Alles in allem genommen hat der Zweigverein gute Fortschritte gemacht. In den Unternehmern liegt 96 JH. der Maurer organisiert; der Verband zählt 820 Mitglieder. In den öffentlichen Versammlungen hätten sich die Kollegen mit einer Dauerperiode, dem Stundenrat für den Winter und namentlich mit den Forderungen für das nächste Jahr zu befassen. Die beiden ersten Punkte wurden zur Zufriedenheit der Kollegen geregelt. Bei Erhebung der Lohnfrage wird es wohl noch einen harten Strauß geben. Die Forderung soll demnach persönlich gestellt werden. Der Vorsitzende, Kollege Groß, forderte die Mitglieder auf, ihre Beiträge pünktlich zu bezahlen, damit wir am Jahresabschluss keine Reklamen, haben. Werde pünktlich gezahlt, so kam auch Geld in die Lokalfasse. Und ist die nötige Munition vorhanden, dann magen sich die Unternehmern so leicht nicht an uns heran. Unser Punkt „Verständnisse“ wurde Kollege Drüsdau als Revisor und Koschel als Schriftführer gewählt. Dem Landtagswahlfonds wurden M. 100 aus der Lokalfasse überwiesen. Nach Erledigung einiger unangeleglicher Sachen wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Der Zweigverein Witten hielt am 1. November eine öffentliche Versammlung ab, die sehr gut besucht war. Aus dem angelegten Vortrag wurde nichts, da der Gauvorstand keinen Referenten geschickt hatte. Die Abrechnung vom 3. Quartal ergab eine Einnahme für die Hauptkasse von M. 116,80, die Einnahme der Lokalfasse betrug M. 93,28, der eine Ausgabe von M. 31,86 gegenübersteht. Kassenbestand M. 61,92. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Dann erstattete der Vorsitzende Bericht von der Gautonferenz in Berlin. Beschlossen wurde, am 22. November das diesjährige Sitzungsfest zu feiern. Zum Schluß wurde ein Kollege aus dem Verband ausgeschieden.

In Gersdorf (Westpr.) haben unsere Kollegen sehr unter dem Lokalfund zu leiden. Gersdorf ist ein großes Dorf, in dem fast nur handwerkliche Arbeiter und trotzdem ist es nicht möglich, ein Lokal zu einer Versammlung zu erhalten. Alles älter vor den Schritten der Polizei. Um die geschäftlichen Angelegenheiten zu regeln, war am 1. November der Kollege Schwarz aus Danzig erschienen. Die Abrechnung ergibt eine Gesamtsumme für die Hauptkasse von M. 70,15, für die Lokalfasse von M. 14,08. Die Ausgabe betrug M. 4, somit verbleibt am Schluß des 3. Quartals in der Lokalfasse ein Bestand von M. 19,80. Die Kollegen versprachen, trotz der schwierigen Verhältnisse treu und fest zum Verband zu halten. Sie haben erkannt, daß ihre erbärmliche Lebenshaltung nur mit Hilfe der Organisation verbessert werden kann. Die Mitgliederzahl beträgt 28.

Der Zweigverein Aienburg hielt am 27. Oktober seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Kollege Kaubel-Orbitz referierte über die „Arbeiterversicherung“. Redner ging den Anfängen der Versicherung (Sozialversicherung) nach und zeigte am beschriebenen Beispiel, daß die Versicherungsgesetzgebung den berechtigten Forderungen der Arbeiter wenig gerecht werde.

Das wenige aber, was bisher geschaffen worden ist, würde auch noch nicht sein, wenn die sozialdemokratischen Abgeordneten nicht unermüdet für den Arbeiterschutz eingetreten wären. Nicht aller Arbeiter sei es, sich gewerkschaftlich und politisch zu organisieren und fortgesetzt energisch auf die Gesetzgebung einzuwirken, damit ein wirklicher Arbeiterschutz zu Stande komme. Heute könne die Arbeiterkraft in keinem Punkte mit der Arbeiterversicherung zufrieden sein, weder mit der Versicherung gegen Krankheit und Unfälle noch mit der gegen Invalidität. Scharf kritisiert wurde dem Redner auch die Gefährdung der Berufsgenossenschaften und Bezüge bei der Unfallversicherung und Rentenbemessung und die Verwaltungsmängel vieler Krankenkassen. — Nach Erledigung einiger Vereinsangelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Der Zweigverein Witten hielt Sonnabend, den 31. Oktober, seine Generalversammlung ab. Zunächst wurde die Abrechnung vom III. Quartal vorgelesen und als richtig anerkannt. Dann wurde vom Vorstand über die Verhandlung mit den Unternehmern berichtet. Nach dem Beschluß einer vorhergehenden Versammlung hat der Vorstand mit den Unternehmern angefragt, ob sie gewillt wären, mit uns in Verhandlung einzutreten zur Berathung eines gemeinsamen Arbeitsvertrages. Vier Unternehmern haben zuzustimmen dem bejaht. Der Vorstand hat die Forderung entsprechend dem Beschluß der Kollegen ausgearbeitet und in die Form eines Vertrages gefaßt. Die Forderung ist 42 J Stundenlohn und 14 stündige Arbeitszeit. Jungelöhnen, soweit sie bei ihrem Lehrmeister bleiben, können einen niedrigeren Lohn, aber nicht unter 37 J, erhalten. Dann hat der Vorstand die Unternehmern zu einer gemeinsamen Sitzung eingeladen. Es war aber leider nur einer erschienen. Dieser erklärte sich mit der Vorlage einverstanden, folglich konnte die weitere Berathung unterbleiben. Das Fernbleiben der übrigen Unternehmern wurde gebührend scharf derurteilt. Die Vorlage wurde in der Versammlung nochmals gründlich durchberaten und dann angenommen. Aus dem Vortrage der Unternehmern haben wir wieder erkennen müssen, daß sie eine günstige Vereinbarung über die Arbeitsbedingungen mit uns nicht machen wollen. Die Minderen Maurer haben es noch nicht verstanden, die Unternehmern von der Gleichberechtigung der Arbeiter zu überzeugen. Die Kollegen werden also das Nötige nachzuholen haben. Maurer von Witten und Umgebung! Schafft Euch eine gute Organisation, dann werden die Unternehmern ihrem Probenhochmut entzagen müssen. — Der Kassierer erwähnte die Kollegen noch, ihre Beiträge zu bezahlen, bevor es Winter werde. Dann erfolgte Schluß der ziemlich gut besuchten Versammlung.

Der Zweigverein Münden hielt am Sonntag, den 25. Oktober, im Restaurant „Dall'Armi“ die dritte Quartalsversammlung ab. Dieselbe war so stark besucht wie bisher noch keine Verbandsversammlung. Sowohl der Saal wie die beiden Nebenzimmer waren überfüllt. Nach Verlesen des Protokolls, so dem keinerlei Einwendungen gemacht wurden, verlas der Kassierer, St. Schneider, die Abrechnung vom dritten Quartal. Seinem Bericht ist mit Freude zu entnehmen: ein stets Anwachsen der Mitgliederzahl, sowie eine stets zunehmende Opferwilligkeit der Kollegen. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit des Kassenberichts und dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Hierzu erhielt Kollege Post das Wort zu einem Referat über: „Die Maurerbewegung Mündens seit 1872“. In diesem Jahre wurde der erste Fachverein der Maurer gegründet. Aus einer Lohnbewegung gingen die Maurer als Sieger hervor. Redner schilderte die verschiedenen Kämpfe, die seit jener Zeit geführt wurden, ebenso die wichtigsten Vorgänge in der Organisation und besprach dann eingehend die jetzigen zehn Zahlstellen des Zweigvereins. Redner erwähnte die Kollegen, sie möchten Mann für Mann Agitatoren für den Verband werden und schloß seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag mit der Aufforderung nicht eher zu rasten, bis all unsere Mühe ihren besten Früchten führt. Hierzu nahm Kollege Schäfer das Wort und kritisierte scharf das Verhalten der bürgerlichen Parteien im Landtage gegenüber den von den sozialdemokratischen Abgeordneten eingebrachten Anträgen. Redner forderte die Kollegen auf, sich politisch und gewerkschaftlich zu organisieren und Abteilungen der „Mündener Post“ zu werden. (Beifall.) Zum Punkt „Verständnisse“ leitete Kollege Schäfer mit, daß in der letzten Sitzung eine Beschwerde gegen einen Verbandskollegen vorlag, die gründlich geprüft und vollständig auf Gunsten des betreffenden Kollegen entschieden wurde. In der nächsten Versammlung soll ein Referat über: „Die Bedeutung der Konsumvereine“ gehalten werden. Diese Anknüpfung wurde allgemein begrüßt. Die Versammlung wurde um 7 Uhr Abends mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf die Maurerbewegung geschlossen.

In Neuhaubendleben tagte am 1. November eine öffentliche Bauhandwerker-Versammlung, die sehr gut besucht war. Kollege S. Stolle-Stuttgart hielt einen lehrreichen und interessanten Vortrag über die Aufgaben der Gewerkschaften. Redner verbreitete sich zuerst über die Verknüpfung der Arbeitszeit und die Erhöhung des Stundenlohnes. Viele Kollegen glauben heute noch, je länger man arbeitet, je höher stelle sich der Verdienst. Umgekehrt ist es aber richtig; dafür bieten uns einige Großstädte ein lehrreiches Beispiel. Aber auch in vielen anderen Orten, u. a. auch in Neuhaubendleben, sei derselbe günstige Einfluß der kürzeren Arbeitszeit auf die Erhöhung des Stundenlohnes zu konstatieren. Auf die Erhöhung des Stundenlohnes natürlich auch keine Ursache sein. Die Hände in den Hobeln zu legen, sondern sie müssen weiter bauen an der Organisation, damit sie zum Angriff und zur Abwehr gleich mächtig ist. Der Redner beleuchtete dann die Kräfte, Schindlätze und sonstigen Gräueltaten und ihre Wirkungen in der Erhöhung des Lohnes entgegen. Zum Schluß seines 1 stündigen Vortrages forderte der Redner die anwesenden Kollegen aus, reger als bisher für den Bauarbeiterstand tätig zu sein und unser Fortgange genau zu studieren, aber auch die politische Arbeiterpresse zu unterstützen. Eine dem Vortrage entsprechende Resolution fand einstimmige Annahme.

Am 6. November hielt der Zweigverein Oker-Stein eine Versammlung ab. Anwesend waren 60 Mitglieder. Der Gauvorstand, Kollege Koch, referierte über Zweck und Nutzen des Verbandes. Insbesondere sprach der Redner die Aufgaben einer Lohnbewegung in Oker-Stein. Die Bauhandwerker bieten die schönste Gelegenheit, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Kollege Koch erwähnte dann noch die Kollegen, immer recht brüderlich für die Stärkung der Organisation ein

### Dom Bau.

#### Anfälle, Arbeiterlohn, Submisionen etc.

**Ostrod i. Pr.** Am 3. November verunglückte der Maurer W. Grabowski am Neubau eines Gefässes, als er beim Gerüstbau einen Strich auf seine Halbfabrik prüfen wollte. Der Strich riss und G. fiel aus einer Höhe von etwa 5 m auf eine Mauer, wodurch er sich die Schulter ausstieß und schwere innere Verletzungen zuzog. Märe das untere Gerüst genügend mit Brettern belegt gewesen, so hätte der Unfall nicht passieren können. Der Verunglückte mußte sich aber mit einem einzigen Brett behelfen. Es ist wirklich nur Sachverständigkeit vom Unternehmer, daß er nicht für ausreichendes Gerüstmaterial sorgte, oder läßt es die Profitlust nicht zu? Wir müssen aber die Maurer immer wieder warnen, sich solcher Gefahr auszuweihen. Sie sollten einfach die Arbeit bewahren, wenn es die Unternehmer an dem nötigen Material liegen lassen.

**Wolzen.** Am 31. Oktober brach ein Gerüst am Neubau des Unternehmers Wertowski in der Hochstraße zusammen. Das Gerüst stand auf der mit Brettern belegten eisernen Balkenlage, die Bretter waren aber sehr schlecht hingelagert und auch die Gerüstteile mangelhaft befestigt worden. Die mit Material zu befestigen (ebenfalls sind die Steine auch entgegen dem Unfallverhütungsvorschriften von den Schultern abgenommen worden), als sich die Unterlagsbretter verabschiedeten und die Steine wegrollten, wodurch das Gerüst zusammenbrach. Die auf dem Gerüst beschäftigten Arbeiter kamen mit dem Schreden davon, sie hätten aber auch in den Keller hineingefallen können, denn die Balkenabdeckung fehlte — wie fast auf allen Bauten in Wolzen — auch auf diesem Bau in den unteren Etagen. Wir haben an diesem Bau übrigens noch manches auszusagen. Das Schuttbach nach der Straße zu fehlt. Das darübergehende Publikum ist sehr der Gefahr ausgesetzt, durch herabfallendes Material verletzt zu werden. Noch gefährlicher ist es für die unten beschäftigten Arbeiter. Die Bauboden ist zu klein und überdient werden noch Materialien darinnen aufbewahrt. Auch der Abort läßt viel zu wünschen übrig. Wir fragen bei dieser Gelegenheit, wo bleibt die Kontrolle? Wie sieht es mit der Ministerialverpflichtung? Es ist dringend nötig, daß sich die Bauvorschriften die Befolgung dieser gefährlichen Mißstände anlegen lassen läßt. Aber auch die Maurer und Bauarbeiter sollten den Mißständen weit energischer entgegenzutreten. Mit Hilfe der Organisation läßt sich doch auch manches erzwingen.

**Das Auffahren der Balken etc.** mittels Pferden sollte durchaus verboten werden. In Berlin wurde am Katzenbau des Eisenbahnregiments in der General Ropetzstraße das Nichtzügliche durch Hinaufgezogen. Der 20jährige Zimmerer G. Wog stand oben auf der Wülge an der Schenkele. Durch irgend einen Umstand veranlaßt, ruckten die Pferde noch einmal an, als die Fußre bereit auf der Wülge war. Die Fußre schoß vorwärts und Wog, der die Schenkele angefaßt hatte, wurde von seinem Standort gerissen. Er stürzte aus der vierten Etage in die Tiefe auf das unten aufgeschaltete Holz. Der Fall war so unglücklich, daß ihm die Knochen beider Beine gesplittert, der Brustkasten eingedrückt und das Hirn zertrümmert wurde. Nachdem ihm die anwesenden Lazarettärzte Notverband angelegt hatten, erfolgte sein Transport in das Krankenhaus am Urban, wo er nach etwa sechs Stunden verstarb.

**Gerüstleistung vor Gericht.** Am 4. November wurden vom Landgericht Stuttgart der Baufrüher Stumpf und der Maurerpolier Söhn wegen fahrlässiger Tötung und Körperverletzung infolge Gerüstbruchs zu je 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Auf die Gerichtsverhandlung kommen wir noch zurück.

**Baustellenkontrolle in Chemnitz.** Die Bauarbeiter-Schutzkommission veranlaßte am 28. Oktober eine Kontrolle, die sich auf 78 Bauten erstreckte. Die Kommission fand folgende Mißstände: In 8 Fällen waren die Gerüste nicht dicht abgedeckt, 7 mal fehlten Barrieren und Sodelbretter. Ein zweites Gerüst unter dem Arbeitsgerüst war auf 12 Bauten nicht vorhanden. Balkenlagen, auf denen gearbeitet wird, waren dreimal nicht und einmal sehr mangelhaft abgedeckt. Treppen und Gänge waren in 4 Fällen nicht frei. Giebeln und Hinterfronten, die vor innen gemauert werden, fehlten in 29 Fällen das vorgeschriebene Schuttbrett. Auf 7 Bauten fehlte die Bauboden. In 12 Bauten hatten keine, 8 einen mangelhaften Fußboden. Tische und Bänke wurden in 4, Maßgeschir in 32, Spundhölzer in 18 Bauten vermisst, 11 Bauten wurden in unreinem Zustande vorgefunden. Auf einem Bau wurde der Abort vergeblich gesucht, 3 Aborte hatten nicht genügend Sitz, 25 waren in unreinem Zustande. Wo Zimmerarbeiter beschäftigt sind, fehlten die Fenster, auf 31 Bauten das Verbandsnetz, die Unfallverhütungsvorschriften hingen auf 4 Bauten nicht aus. Auf 44 Bauten waren am Abort keine Pforten angebracht. Auf 2 Bauten war die Bauboden zu klein. Es war nicht möglich, die Bauten der Arbeiterzimmerer in Altkemnitz und den Krankenhausbau an der Rispauer Straße zu kontrollieren, da der Kontrollkommission der Zutritt verboten wurde. Zu bemerken ist noch, daß nach der Kontrolle auf manchen Bauten die Mißstände sofort abgestellt wurden. Ein Zeichen, wie bringend notwendig es ist, Baukontrollen aus Bauarbeiterkreisen anzustellen. Auf dem Neubau des Herrn Brückhoff Müller, Annaberg- und Wollschirren-Ges., ist ein Abort vorhanden, der allen ständigen Anforderungen Gehör spricht, denn eine einfache Zementtonne mit einem daraufgelegten Brett kann man leicht bedeckend nicht als Abort bezeichnen. Und dann, in welchem Zustand befand sich dieser Abort? Wo bleibt da die ständige Kontrolle?

**Submissionsbitteln.** Für die Ausschachtungsarbeiten zur Erweiterung des Bahnhofes in Neurode (Schlesien) betrug die Mindestforderung M. 56 000, die Höchstforderung M. 140 000. Den Zuschlag erhielt ein polnischer Unternehmer für 81 000. — In Biberad wurde für die Erdarbeiten und Maurerarbeiten zum Bau eines Nealgemeinschafts M. 76 308 als Mindestbetrag und M. 90 847 als Höchstbetrag gefordert. — Im die Materialarbeiten an den Arbeiterbauten in Kiel (Mit) zu erlangen, hatten 17 Unternehmer Offerten eingereicht. Das niedrigste Angebot machte ein Duisburger mit M. 27 017, das höchste ein Berliner mit M. 44 727,52. Noch stärker machte sich die Konkurrenz bei der Jagd nach den Schlosserarbeiten bemerkbar. Ein Berliner Unternehmer forderte M. 52 156, Weyandt & Reesert in Neumünster bot

zutreten und fest zusammensetzen, dann würde auch unser Plan gelingen. Der Rechner erzielte keinen Erfolg. Mit einem Hoch auf den Verband schloß der Vorsitzende die Versammlung. Der Rechner des Zweigvereins Schwedt ersucht uns, den dortigen Mitglieder eine scharfe Rüge zu erteilen, weil sie gar so gleichgültig sind. Den Kollegen sollte es längst im Fleisch und Blut übergegangen sein, daß am Sonntag nach dem 1. eines jeden Monats die Mitgliederversammlungen abgehalten werden. Dies wird ihnen auch durch die „Grundstein“-Kolportage immer wieder ins Gedächtnis gerufen. Trotzdem lassen sie Versammlung Versammlung sein und bleiben zu Hause auf der „Bärenhaut“ liegen. Zu tun haben sie nichts; mit Feldarbeit kann sich niemand mehr entschuldigen. Bedinglich Bequemlichkeit und grenzenlose Gleichgültigkeit ist es, die den Kollegen den Versammlungsbefehl als einen unmöglichen Kräfteaufwand erscheinen läßt. Zu der letzten Versammlung waren bis zu 4 Uhr (Anfang soll 8 Uhr sein) ganze sieben Mann erschienen. Die Versammlung konnte natürlich nicht abgehalten werden. Die Geschäftsrie der Organisation bleiben überlebt, der Zusammenhang geht verloren. Und die Unternehmer können uns bieten, was sie wollen. Kollegen, soll das so weiter gehen, wollt ihr elendiglich verjähren, glaubt ihr wirklich, ihr wäret noch organisiert? Als organisiert-Kollegen habt ihr die Pflichten, der Organisation zu dienen, und zwar nach besten Kräften. Ihr habt mit zu raten und zu talen, jeder einzelne muß von dem Gefühl durchdrungen sein: Ich bin ein Glied der Organisation, ohne mich gehts nicht. Kollegen von Schwedt und Umgebung (alle anderen, auf die es zutrifft, nicht minder) nehmt Euch diese Worte zu Herzen und handelt darnach.

#### Regulativ für die Bau- und Glasputzereien.

(Beschluß in einer Versammlung der Bauhandwerker von Magdeburg und Umgebung.)

§ 1. Wird ein Bau oder die Arbeit auf einem Platze im Angriff genommen, so Maurer, Zimmerer oder Bauarbeiter beschäftigt werden, so ist der erste Kollege, der dort in Arbeit tritt, verpflichtet, sofort dem Vertrauensmann seiner Organisations-Mittelung zu machen.

§ 2. Der erste Arbeiter hat das Amt als Bau- oder Glasputzere so lange zu versehen, bis mehrere Kollegen dort in Arbeit treten, die dann einen Deputierten zu wählen haben. Jeder Kollege ist verpflichtet, diesen Posten anzunehmen. Sollte der Fall eintreten, daß sich keiner der Kollegen hierzu bereit erklärt, so ist dem Vertrauensmann sofort Mitteilung davon zu machen.

§ 3. Verläßt der Deputierte die Arbeitsstelle vor Vollendung der Arbeit, so ist sofort eine Neuwahl vorzunehmen. Wird ein Deputierter entlassen, so hat er das dem Vertrauensmann seiner Organisation zu melden und dieser hat den Fall sofort zu untersuchen.

§ 4. Bei der Arbeiterkontrolle ist nach den statutarischen Bestimmungen des Zentralverbandes, der zwischen den Zentralverbänden der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter besteht, zu verfahren. Jeder Kollege ist verpflichtet, sein Verbandsbuch zur Kontrolle vorzulegen.

§ 5. Die Lohnlisten hat der Deputierte bei der ersten Lohnzahlung und später mindestens alle vier Wochen zu sammeln und dem Vertrauensmann zu übermitteln, damit dieser feststellt, ob der Durchschnittslohn gezahlt wird. Wo der Lohn nicht in Zinsen ausgehandelt wird, ist die Lohnhöhe auf Listen zu bezichtigen.

§ 6. Sobald aus irgend einem Grunde die Lohnzahlung am Sonnabend unterbleibt, so ist dem Vertrauensmann sofort Mitteilung zu machen. Geht es nicht, so haben die Kollegen die daraus entstehenden Folgen selbst zu tragen.

§ 7. Der Deputierte hat die Pflicht, darauf zu achten, daß sich die Bauten und Aborte in vorzüglichem Zustande befinden, die Unfallverhütungsvorschriften auszuführen und ein Kasten mit Verbandzeug vorhanden ist. Ebenfalls hat er darauf zu achten, daß die Balkenlagen gleich nach dem Legen der Balken abgedeckt werden, um Unglücksfälle zu verhindern. Wenn auf seine Vorstellungen bei dem Polier oder beim Arbeiterober von diesen keine Abhilfe geschieht, so hat der Deputierte dies dem Vertrauensmann zu melden.

§ 8. Dieses Regulativ ist gültig für die in den Zentralverbänden organisierten Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter Magdeburgs und Umgebung.

**Berichtigung.** In dem Bericht über die Konferenz in Berlin, Nr. 44, heißt es: Kollege Krug-Berlin habe gesagt: Die gekennzeichneten Mißstände bestehen. Die Verbandsleitung habe zum Teil Schuld, daß heute ein so großer Mißmut unter den Kollegen vorhanden ist. Dem Berichtshalter ist hier ein Irrtum unterlaufen. Dem Kollegen Krug hat es fern gelegen, die Verbandsleitung für den vorhandenen Mißmut verantwortlich zu machen.

**Die Filiale Dresden der freien Kasse „Grundstein zur Eingetragten“** hielt am Sonntag, den 26. Oktober, in Falkens Restaurant eine Mitgliederversammlung ab. Sie beschäftigte sich mit der letzten Generalversammlung. Der Beschluß, die Krankenversicherung in der ersten Klasse herabzusetzen, fand eine heftige Kritik. Die Versammlung war der Meinung, daß der Hauptvorstand verpflichtet gewesen wäre, beratende Anträge zur Generalversammlung vorher in dem zuständigen Organ zu veröffentlichen, damit die Mitglieder der einzelnen Filialen davon Kenntnis hätten nehmen können. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die heutige Mitgliederversammlung der Filiale Dresden beschließt, der in der außerordentlichen Generalversammlung gefasste Beschluß, die Unterfertigung in der ersten Klasse herabzusetzen, wird wohl schwer das Einverständnis der Mitglieder der ersten Klasse erhalten, sondern der Beschluß wird dazu führen, daß sehr viele Mitglieder aus unserer Klasse austreten. Unsere Rasse verliert oder somit immermehr den Charakter einer freien Kasse und wird weiter nur als Aufwuchskasse bestehen können. Die Versammlung hat es auf Grund dessen für das einzig richtige gehalten, wenn die Generalversammlung nach der sehr geistlichen Stimmung der Delegierten dafür eingetreten wäre, bei den Mitgliedern der ersten Klasse eine Urabstimmung darüber vorzunehmen, ob sie nicht lieber für eine Erhöhung der Beiträge seien. Die Versammlung ist der Meinung, daß dies eher die Zustimmung der Mitglieder gefunden hätte, als der Generalversammlungsbeschluß.

### Krankenkasse.

**Die Filiale Dresden der freien Kasse „Grundstein zur Eingetragten“** hielt am Sonntag, den 26. Oktober, in Falkens Restaurant eine Mitgliederversammlung ab. Sie beschäftigte sich mit der letzten Generalversammlung. Der Beschluß, die Krankenversicherung in der ersten Klasse herabzusetzen, fand eine heftige Kritik. Die Versammlung war der Meinung, daß der Hauptvorstand verpflichtet gewesen wäre, beratende Anträge zur Generalversammlung vorher in dem zuständigen Organ zu veröffentlichen, damit die Mitglieder der einzelnen Filialen davon Kenntnis hätten nehmen können. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die heutige Mitgliederversammlung der Filiale Dresden beschließt, der in der außerordentlichen Generalversammlung gefasste Beschluß, die Unterfertigung in der ersten Klasse herabzusetzen, wird wohl schwer das Einverständnis der Mitglieder der ersten Klasse erhalten, sondern der Beschluß wird dazu führen, daß sehr viele Mitglieder aus unserer Klasse austreten. Unsere Rasse verliert oder somit immermehr den Charakter einer freien Kasse und wird weiter nur als Aufwuchskasse bestehen können. Die Versammlung hat es auf Grund dessen für das einzig richtige gehalten, wenn die Generalversammlung nach der sehr geistlichen Stimmung der Delegierten dafür eingetreten wäre, bei den Mitgliedern der ersten Klasse eine Urabstimmung darüber vorzunehmen, ob sie nicht lieber für eine Erhöhung der Beiträge seien. Die Versammlung ist der Meinung, daß dies eher die Zustimmung der Mitglieder gefunden hätte, als der Generalversammlungsbeschluß.

gegen wollen die Arbeit für M. 29372 liefern. Für die Tischlerarbeiten zu denselben Bauten forderten Ahrens, Beyn & Co. in Kiel M. 175 783, S. Redderien in Hannover M. 118 986. — Ueberrolchend hat wohl auch die Bestimmung der Arbeiterhauswerke, die auf Material- und Glasarbeiten für den Arbeiterneubau in Neurode als abzugeben wurden. Für Materialarbeiten M. 4707,02 als Höchst- und M. 1753,85 als Mindestforderung. Für Glasarbeiten M. 1753,85 und M. 607,84. — Nur um kleine Summen handelt es sich in Preisnig (Sachsen), desto größer ist dafür der Preisunterchied: Für den Anstrich von 900 laufende Meter Freisinter betrug die höchste Forderung M. 759, die niedrigste M. 171. Nach der M. Bogli. Bg. — mußte das Gitter gut gereinigt, einmal mit Mennig und zweimal mit Oelfarbe gestrichen werden. Außerdem war eine Garantie der Haltbarkeit auf zwei Jahre zu leisten und für diese Zeit 10 pSt. der Herstellungskosten als Kaution zu stellen. — Den Preisrigern können sich die Münchener Malermeister ebenbürtig an die Seite stellen. Für Maler- und Anstreicherarbeiten am Wirtschaftsgebäude des Krankenhauses an der Kamaningerstraße betrug die Mindestforderung M. 2167, die Höchstforderung M. 6532,04. — Nicht weniger froppant wirkt das Ergebnis der Submission für Tischlerarbeiten zum Mindest- und Museumsbau in Sagenaut. Est. Nos I M. 4526 und M. 12 275. — Recht fürwichtig war ein Steinhauser in Hegbach, dem die Lieferung von Sandstein zum Amtsgerichtsgebäude in Dampferheim für M. 3800 übertragen worden war, obwohl seine Mißwerker zwischen M. 8000 und 9000 forderten. Der billige Mann verlor das Spiel und ließ Kaution und Schulden im Stich, nachdem er schon die meisten Steine geliefert hatte. — Aehnliche Bedenkmittel, wie der Hegbacher, scheinen einige Steinbruchsbesitzer zu sein, die sich um die Lieferung von Werksteinen zur Erneuerung der Eisenbahnbrücke bei Gitzelne bemühen. Nos I rd 87 obm Granitauflagersteine höchstes Angebot M. 5517,60, niedrigstes Angebot M. 1840. Nos II 104 gm Desplatien M. 2080 und M. 832. Solchen Submissionsergebnissen gegenüber möchte man schon von dem folgenden als einem jeig erziellichen reden: In M h e h t wurden 18 Angebote auf Lieferung von 117 obm Werksteinen aus Passalaba für Bahnhofsbauten gemacht mit dem Resultat, daß das Mindestangebot M. 6818,29 und das Höchstgebot M. 9271,74 betrug.

### Ans Unternehmerteilen.

**Ein unsterblicher Arbeitergeber** ist der Bauunternehmer H. Baier in Waldkirch. Seine Erziehungsanstalten verdienen weiter bekannt gegeben zu werden. Ein bei Baier beschäftigter Arbeiter Maier ist aus irgend welchen Gründen am Montag der Arbeit fern geblieben. Am nächsten Sonnabend geht H. ihm für jeden Arbeitstag 80 z vom Lohn ab. „Das ist sehr Mauchman“, erfaßt der Maier zur Antwort, als er wegen des Abzuges reklamiert. Er konnte übrigens froh sein, mit dieser gelinden Strafe davonkommen zu sein; denn Baier weiß noch andere Register zu ziehen: Ein anderer Maier, der mit der Lohnzahlung nicht ganz zufrieden war, wurde von Herrn Baier mit dem Schlimm „abgeschmeiert“, und ein Arbeiter wurde sogar blutig geschlagen. Dieser war aber auch so froh gewesen, seinen Lohn zu verlangen, obwohl Herr Baier ihm schon einmal sanft abgewiesen hatte. Daß Baier dem Mißhandelter dann befaßt, in den Keller zu gehen und sich das Blut abzuwaschen, ist wohl auf übergroße Bescheidenheit zurückzuführen. Er hätte den Mann mit dem blutenden Gesicht fortgeschickt und ihm eine Kasse umhängen sollen, mit der Aufschrift: „Lohnzahlung des Bauunternehmers Baier in Waldkirch.“ Na, Herr Baier dürfte ja auch so bekannt sein. Wir können ihm das Zeugnis nicht versagen, daß er ein lieber Kerl ist.

**Ein Deutscher Zimmermeisterverband** ist am 24. Oktober in Hannover gegründet worden. Der Sitz des Verbandes ist Mannheim, er soll aber mit dem Wohnort des jeweiligen Vorstehers wechseln. Durch die Verleihung soll unter den Zimmermeistern die Standesehre und das Standesbewußtsein wieder zum Vorschein gebracht und dem alten ehrbaren Zimmerhandwerk zu seinem früheren Ansehen und zu seiner verdienten Geltung verholfen werden. Sehr scharf gerügt wurde das Vorgehen der Staats- und Kommunalbehörden bei Vergebung der Arbeiten an General- und Zimmermeister. Bei diesem System seien alle Handwerker im Nachteil, nur der General- und Zimmermeister werde immer kapitalstärker und teurer sogar, obwohl er vielleicht vom Bau am wenigsten berstehe, zu den höchsten Höhen eines Baumeisters empor, von denen er mit geringfügiger Auf für ihn schaffenden Handwerker hinabstiege. Bewegte Klagen wurden laut über das sich immer mehr breit machende Bau-spekulanzentum und die sich als Unternehmer für Zimmerarbeiten aufspielenden Holzhandler. Auch auf das Verdingungsweien wurde kein Loblied gesungen. — Redhaft beklagt wurde natürlich die Zurückdrängung des Holzes aus den Wohnhäusern, was zum großen Teil auf die ungünstigen hauposiglichen Bestimmungen zurückzuführen ist.

Von den gemäßigten Innungen und Arbeitergewerkschaften sei für die Zimmermeister nicht viel zu erhoffen. In den Innungen hätten die Zimmermeister das Übergewicht und die Zimmermeister würden immer mehr zurückgedrängt. Maurer- und Zimmergewerkschaften seien auch nicht verwandt, und bei den Handwerkerkammern müsse dahin getrebt werden, diese nach vielfach angemommene Verbotsmaßnahme zu befeitigen. — Einführung des Befähigungsnachweises für die Unternehmer von Zimmerarbeiten, gesellschaftlicher Zusammenschluß der Zimmermeister gegen die unzulässige Konkurrenz der Holzpolierhändler und Gründung einer eigenen Bauhand für Zimmermeister wurden als Mittel zur Begabung des Zimmergewerbes angeführt.

**Der Steinmetz-Innungsverband** hat nun wirklich das Mittel entdeckt, Streiks und Streben aus der Welt zu schaffen und Fried und Eingetragten „Arbeitgebern“ und „Arbeitnehmern“ herzustellen. Wir stellen uns, das Mittel weiteren Kreisen fund zu tun: „Eine Standesberaffung schreiben wir, der willig und gern sich alle Meister, Gesellen und Arbeiter, unterordnet, die ihr Brot und Leben in unserem Gewerbe gewinnen wollen.“

Wesler soll nur sein; wer was kam und auch was erkannt... Nicht Arbeiter nur sollen unter Arbeiter sein...

Wir beschäftigen zunächst die Verbindung von Gewerkschaften, welche die wirtschaftlichen Verhältnisse von Arbeitgebern und Arbeitnehmern sichern...

Ans anderen Berufen.

Mit der Gesamtaussperrung sämtlicher Töpfer, die bei den Mitgliedern des Ofenfabrikanten-Vereins in Arbeit stehen, wird gekämpft...

Die Aussperrung der Textilarbeiter in Grimmitzschau. In Grimmitzschau herrscht der 'Belagerungsstand'. Die Fabriken sind geschlossen...

(Der § 124 handelt von der Auflösung des Arbeitsverhältnisses vor Ablauf der vertraglich festgesetzten Zeit. Nach § 123 können Verlassen und Gehälften die Arbeit ohne Aufkündigung verlassen...

Der Kläger ging in der Begründung seiner Klage von dem Standpunkt aus, daß Streikbrüche eine unethische Handlung sei, wozu er unter Verschweigung von Umständen von dem Beklagten und seinem Vorgesetzten verleitet worden sei...

Herrn Voigt kam also der eine 'Streikbrecher' auf § 22 zu stehen, ohne das Fahrgeld von Leipzig nach Dresden, was auch noch nach § 6 beträgt, weil die Mauerer mit dem Schnellzug befördert wurden...

Die sozialpolitische Heuchelei und Rückständigkeit des Zentrums

hat kürzlich wieder einmal eine gründliche Beleuchtung im bayerischen Landtag erfahren. Am 15. und 16. Oktober kam der in Nr. 43 des 'Grundstein' mitgeteilte Antrag (Geheimliche Regelung der Arbeitszeit und Ruhepausen für die Arbeiter in den Staatsbetrieben) der Sozialdemokratischen Landtagsfraktion zur Verhandlung...

Wir legen in unserm Antrage das Hauptgewicht auf Ordnung und Herabsetzung der Arbeitszeit. Eine übermäßig ausgedehnte Arbeitszeit und Mangel an Ruhepausen gefährden die Sicherheit im Staatsbetriebe...

Wir verlangen deshalb neunstündige Arbeitszeit, die schon in vielen Privatbetrieben durchgeführt ist. Im bayerischen Eisenbahnbetrieb hat man mit dem neunstündigen Arbeitstag gute Erfahrungen gemacht...

Der Antrag wurde schließlich dem 'Wirtschaftsausschuss' überwiesen, wo er wohl betrachtet werden wird. Interessante Streiflichter auf die 'Sozialpolitik' des Zentrums warf auch ein Intermezzo, das von dem national-liberalen Abg. Reichel injiziert wurde...

Die Kongressisten erinnern uns an den Beschluß des schweizerischen Kongresses im Jahre 1895. In diesem Beschlusse heißt es, der Staat habe nicht nur für das materielle Wohlbefinden und sittliche Wohlsein seiner Arbeiter Sorge zu tragen...

Als erster Redner befaßte den Antrag ein Mitglied des Zentrums, der Abg. Wämm. Er war aberling genug, seinen ablehnenden Standpunkt einzubilden in das Zuge...

ständig, daß die neunstündige Arbeitszeit angenommen werden könne. Die Ablehnung der achtstündigen Arbeitszeit glaubte Herr Wämm u. a. mit dem alten Sabotagebegriß begründen zu dürfen...

Meine Herren! Ich bin ganz gewiß für ausbreitenden Arbeiterstreik, ich bin für einen gerechten Lohn; aber die Arbeiter sollen doch bedenken, daß der Lohn auch verdient werden muß. Ich möchte mich deshalb ganz entschieden als Gegner des achtstündigen Arbeitstages betonen, und ich protestiere dagegen, daß durch diese Hintertreppen, wie es neulich geheißen hat, der achtstündige Arbeitstag eingeführt werden soll...

In ähnlicher Weise wurde der Antrag von anderen Rednern des Zentrums befaßt. Die eigentlichen führenden Geister der Zentrumskolonnen hielten sich moogelweis im Hintergrunde. — Angesichts dieser Haltung der maßgebenden Partei machte es sich der Minister Reichel sehr bequem: er erklärte den Antrag einfach als undurchführbar...

Der Antrag wurde schließlich dem 'Wirtschaftsausschuss' überwiesen, wo er wohl betrachtet werden wird. Interessante Streiflichter auf die 'Sozialpolitik' des Zentrums warf auch ein Intermezzo, das von dem national-liberalen Abg. Reichel injiziert wurde...

Das muß das Zentrum von einer national-liberalen Fabrikanten sich lassen, der seinen Arbeitern gegenüber auch alles andere als arbeiterfreundlich ist. Schirmer vertritt zwar die Nichtigkeit der Reichsbeschlüsse...

Unser Genosse, Abg. Merkel (Mauer), nahm Gelegenheits, dem Minister zu sagen, daß selbst in den bayerischen Staats- und Gemeindebetrieben (resp. auf den Wämm) die Bundesratsverordnungen (betreffend neunstündige Arbeitszeit der Steinbauer) und die von der bayerischen Regierung herausgegebenen übergesetzlichen Vorschriften über den Bauarbeiterstreik nicht beachtet würden...

Der Herr Minister wußte hierauf nichts zu erwidern. Vielleicht findet er aber doch so viel Zeit, um seine Untergebenen zur Befolgung der grünen Mißstände anzuhelfen.

Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

Unzulässige Arbeitsverträge. Die Verschweigung des Umstandes, daß in dem Betriebe gestreikt wird, gibt den angeworbenen Arbeitswilligen das Recht, dem Verträge zurückzutreten und Schadenersatz vom Unternehmer zu verlangen. Entschuldigend: Der Baumeister Voigt aus Dresden baute in Niederschleißig: Der Bau wurde von den dortigen Mauerern geleitet. Voigt sandte nun seinen Vorgesetzten nach Leipzig, um ein Streikbrecher zu suchen. Es ward auch acht Mann an. Die große Mehrzahl der Angeworbenen fragte den Vorgesetzten, ob etwa bei Voigt gestreikt würde oder sonstige Differenzen beständen. Dies wurde von Vorgesetzten verneint. Nur auf diese Auskunft hin ließen die Mauerer sich herbei, mitzuführen. Als sie in Niederschleißig ankamen, wurden sie in der Wohnung einquartiert und bei Tagesanbruch sahen sie denn auch, daß Streikposten vor dem Bau standen. Als sie nun auch bei weiteren Nachfragen erfuhr, daß der Bau geleitet sei, nahmen sie die Arbeit nicht auf und verlangten von Voigt Entschädigung. Diese Forderung lehnte Voigt ab, worauf zunächst einer der Mauerer Klage beim Gewerbegericht erhob. Er verlangte in dem Klagenantrag:

- 1. Die Auflösung des Arbeitsverhältnisses. 2. Eine Lohnentschädigung für 12 Tage. 3. Den Ertrag von Fahrgeld und Auslagen. Diese Forderung wurde auf Grund § 124.3 des Gewerbeordnungsgesetz gestellt.

**Polizei und Gerichte.**

**"Heftiges Zureden"** können die **"Arbeitswilligen"** nicht verkraften. Zur Zeit des letzten **Maurerstreiks** in Bochum wurde eines Tages der **Maurer Aug. Wolf**, als er aus dem **Bahnhofgebäude** der **Station Bochum-Süd** hervorkam, von einem **Polizeibeamten** gefragt, ob er **Wolf** sei, und als **W.** die Frage bejahte, aufgefordert, den **Bahnhofplatz** zu verlassen. **W.** sagte, daß er der **Beamte** dem **W.** und daß er den **Auftrag** habe, ihn zu **verhaften**, falls er **wieder** käme. **W.** fügte sich, führte aber **Beschwerde** gegen diesen **gänzlich unbedingten Eingriff** in die **persönliche Freiheit**. Da er nicht glauben konnte, daß der **Beamte** wirklich im **Auftrage** seiner **vorgesetzten Behörde** gehandelt habe, **beschwerte** er sich **zunächst** bei **dieser selbst**. Als **Charakteristika**, wie die **Stadtpolizei-Verwaltung** von **Bochum** glaubt, **Beschwerden**, selbst über die **einfachsten** Dinge, **erzwingen** zu können, sei die **Antwort** hier **wieder** gegeben:

Die **angestellten Ermittlungen** haben ergeben, daß der **Polizeibeamte** seine **Befugnisse** nicht überschritten hat. Die **Stadtpolizei-Verwaltung**: **Der Erste Bürgermeister** **Graff**.

Mit dieser **Antwort** konnte sich **Wolf** nicht **begnügen**, er **beschwerte** sich **beim** **Regierungspräsidenten**. Hier die **Antwort**, die **zwei** Monate auf sich **warten** ließ:

Ihre **Beschwerde** vom **6. August** gegen die **Verfügung** der **vorherigen Polizeiverwaltung** vom **8. August** weise ich als **unbegründet** zurück.

Wie **festgestellt**, haben Sie bei **Gelegenheit** des **letzten Maurerstreiks** in **Bochum** am **vorherigen Bahnhof** **Streikposten** **gegründet** und als **solcher** **wiederholt** **verjagt**, die **von** **auswärts** **kommenden** **Arbeitswilligen** durch **heftiges Zureden** (1) **von** der **Arbeitsaufnahme** **abzuhalten**, so daß **schließlich** die **Polizeibehörde** um **Schutz** gegen **derartige** **Verfügungen** **angegangen** **worden** **ist**. **Diesem** **Schutz** zu **gewähren** war die **Polizeibehörde** **unmöglich** **verpflichtet**, als **sie** **annehmen** konnte, daß **Ihr** **Verhalten** den **Arbeitswilligen** **gegenüber** **leicht** zu **Unruhen** und **Reibereien** **führen** konnte. **Sie** **war** **mithin** **um** **einer** **derartigen** **Gefährdung** der **öffentlichen** **Ordnung** und **Sicherheit** **vorzuziehen**, **berechtigt**, **Anordnung** zu **treffen**, daß **Sie** **von** **Bochum** **Bahnhof** **fortgewiesen** **würden**. **Der** **Polizeiergent** **Klimmed** hat **Sie** **daher** **am** **22. Juli** **mit** **Recht** **aufgefordert**, den **Bahnhofplatz** zu **verlassen**. **Der** **besonderen** **Angabe** eines **Grundes** **bedurfte** es **nicht**, und **zwar** **um** **so** **weniger**, als **Sie** **über** den **Grund** der **Fortweisung** **nicht** **im** **Zweifel** **sein** **konnten**.

**"Heftiges Zureden"** ist nun **vorläufig** das **meiste** auf dem **Gebiete** der **strafwürdigen** und **unehrlichen** **Handlungen**, **Welch** **schon** **Verweigerung** der **"Rechtspflege"** **kann** **dieser** **Erfindung** **noch** **entziehen**. — **Nach** dem **Bochumer** **Polizist** sind die **"Heftigkeiten"**, von denen der **Regierungspräsident** **spricht**, **aber** **gar** **nicht** **zutreffend**. Die **Bochumer** **Polizeibehörde** **ist** **nicht** **in** der **Lage**, **auch** **nur** **einen** **"Arbeitswilligen"** **herbeizuführen**, den **Wolf** durch **heftiges Zureden** **belästigt** haben **könnte**. **Wenn** **Wolf** **sich** **auch** **nur** **in** **geringem** **einer** **mögliche** **Maße** als **straffällig** zu **beachtenden** **Handlung** **bei** **angeblich** **festgestellten** **"heftigen Zureden"** **schuldig** **gemacht** **hätte**, er **wäre** **langst** **nach** **bestimmten** **Bochumer** **Mustern** **in** **Anlagezustand** **versetzt** **worden**. Die **polizeiliche** **Untersuchung** **hat** **aber** **anscheinend** **nicht** **den** **geringsten** **Anhalt** **dafür** **ergeben**. **Im** **übrigen** **wird** **der** **Minister** **des** **Innern** **noch** **Gelegenheit** **haben**, die **Gründe** der **Bochumer** **Polizeiverwaltung** **nachzuprüfen**.

**Was** **sind** **die** **Polizei** **an** **Thorn** **haben** die **Maurer** **einen** **Arbeitsvertrag** **mit** **den** **Unternehmern** **abgeschlossen**; **darin** **ist** **die** **Vestimmung** **enthalten**, daß **der** **Lohn** **Sonnabends** **gleich** **nach** **Freierabend** **auf** **der** **Baustelle** **ausbezahlt** **werden** **muß**. **Am** **Theaterabend** **mußten** **die** **Gesellen** **aber** **immer** **eine** **längere** **Zeit** **warten**, **bevor** **die** **Auszahlung** **begann**. **Dieses** **gest** **ließ** **ihnen** **nach** **nach** **nicht** **und** **sie** **verlangten** **von** **dem** **Unternehmer** **kleine** **eine** **Entschädigung**. **Der** **Unternehmer** **ließ** **sich** **nicht** **sofort** **darauf** **ein**, **infolgedessen** **hat** **der** **Maurer** **am** **Mittwoch** **in** **der** **Baubude** **stehen** **bleiben** **und** **einige** **Delegierte** **zu** **dem** **Unternehmer** **sandten**, **um** **die** **Angelegenheit** **zu** **regeln**. **Die** **Vertreter** **der** **Gesellen** **verhandeln** **nach** **mit** **dem** **Unternehmer**, **als** **pöblich** **etwa** **17** **Polizisten** — **wohl** **als**, **in** **Thorn** **auftreten** **find** — **in** **der** **Baubude** **erhielten** **und** **jeden** **Maurer** **fragten**, **ob** **er** **arbeiten** **wolle** **oder** **nicht**. **Wer** **die** **Frage** **verneinte**, **wurde** **ohne** **Hut** **und** **Stiefel** **von** **den** **Polizisten** **eigenhändig** **auf** **die** **Straße** **geworfen**. **Es** **ist** **nur** **der** **Beschwerden** **der** **Maurer** **zu** **verdanken**, daß **es** **nicht** **zu** **einer** **Arrestation** **gekommen** **ist**. **Für** **die** **Polizei** **gab** **es** **nichts** **zu** **tun**, **und** **auch** **dem** **Staatsanwalt** **ist** **es** **erwart** **geblieben**, **eine** **schlechte** **Anklage** **zu** **halten** **gegen** **Arbeiter**, **die** **nur** **daran** **gedacht** **haben**, **Arbaid** **zu** **machen**, **die** **aber** **wohl** **das** **Recht** **hatten**, **die** **angreifenden** **Polizisten** **nachdrücklich** **abzuwehren**. **Auch** **der** **Bürgermeister** **von** **Thorn** **hat** **wohl** **eingegeben**, daß **die** **Geselle** **etwas** **faul** **gemien** **ist**, **weil** **wegen** **er** **einen** **Maurer**, **dem** **sein** **Wort** **von** **den** **Polizisten** **zerissen** **würde**, **mit** **M. 2** **entschädigte**.

**Eingegangene Schriften.**

Die **"Neue Zeit"** (Stuttgart, Dietz-Verlag). Heft 6 des **22. Jahrgangs**. Die **"Neue Zeit"** erscheint **wöchentlich** **einmal** und **ist** **durch** **die** **Buchhandlungen**, **Börsenstellen** und **Kolportage** **zum** **Preis** **von** **M. 3,25** **pro** **Quartal** **zu** **bezahlen**. **Im** **der** **Preisliste** **der** **Börsenstellen** **ist** **die** **"Neue Zeit"** **unter** **Nr. 5575** **eingetragen**, **jedoch** **kann** **dieselbe** **bei** **der** **Post** **nur** **pro** **Quartal** **abonniert** **werden**. **Das** **einzelne** **Heft** **kostet** **25** **¢**. **Probenummern** **stehen** **jetzzeit** **zur** **Verfügung**.

**"In freien Stunden"**. Von der **von** der **Verleibuchhandlung** **Vornichts** **herausgegebenen** **illustrierten** **Romanbibliothek** **liegen** **nun** **die** **Heft** **42** **bis** **45** **aus**, **in** **denen** **die** **Fortsetzung** **der** **mit** **dem** **1. Juli** **begonnenen** **romanischen** **Romane** **"Die** **Regulatoren** **in** **Arkanas"** **von** **Fr. Gerhäuser** **und** **"Mamundo"** **von** **B. Voti** **enthalten** **sind**. **Die** **wöchentlich** **erscheinenden** **Heft** **zu** **10** **¢** **finden** **eine** **ebenso** **preiswerte** **wie** **gebundene** **Unterhaltungsliteratur**, **deren** **Bestreben** **darauf** **gerichtet** **ist**, **die** **Schundromane** **aus** **den** **Arbeiterkreisen** **zu** **verdrängen**. **Wir** **können** **unseren** **Lesern** **das** **Abonnement** **empfehlen**. **Abonnenten** **können** **nach** **jezt** **bestellen** **und** **die** **Heft** **zum** **1. Juli** **erscheinenden** **Heft** **nachbezahlen**.

**Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek**. Verlag **Buchhandlung** **Vornichts**, **Berlin**. **Das** **erste** **Heft** **beinhaltet**: **Die** **erste** **Hilfe** **bei** **Unfällen** **von** **Dr. Christeller**. **In** **allgemein** **verständlicher** **Form** **erteilt** **der** **Verfasser** **lehrreiche** **Unterweisungen** **für** **die** **Behandlung** **Verunglückter**, **die** **durch** **neue** **Illustrationen** **anschaulich** **gemacht** **werden**. **Der** **Preis** **für** **das** **erste** **Heft** **beträgt** **20** **¢**.

Der **"Sächsischen Postillon"**, Nr. 23. (Verlag von **R. Ernst** **in** **München**.) **Die** **Nummer** **ist**, **wie** **bekannt**, **überall** **für** **10** **¢** **erhältlich** **und** **wird** **unseren** **Lesern** **eine** **frisch-fröhliche** **Stunde** **bringen**.

**Briefkasten.**

\* **Die** **Verichte** **aus** **Cöln**, **Commern**, **Magdeburg**, **Posen**, **Stettin** **und** **der** **Vericht** **über** **die** **Organisationsverhältnisse** **in** **Dies**, **wurden** **für** **nächste** **Nummer** **zurückgestellt**.

**Streikabrechnungen.**

**Zweigverein Weiten.**  
Einnahme.  
Aus der Hauptkasse ..... M. 879,85  
Von den örtlichen Einnahmen der Hauptkasse verwendet " 116,85  
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder ..... " 94,85  
Summa ..... M. 882,55

Ausgabe.  
Für Streikunterstützung ..... M. 549,50  
Reiseunterstützung an abgereiste Streikende ..... " 22,75  
Porto und Schreibmaterial ..... " 1,30  
sonstige Ausgaben ..... " 10,--  
Summa ..... M. 582,55

**Weiten**, **den** **5. Mai** **1903**.  
Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:  
Für die Revisoren:  
**Albert Mallwig**, **Franz Fenzel**  
Für die Streikleitung:  
**Rudolf Wegner**, **Georg Höpner**,  
**Carl Jelsky**, **Carl Birner**.

**Zweigverein Deutschen l. O.-Schl.**  
Einnahme.  
Aus der Hauptkasse ..... M. 2000,--  
Von den örtlichen Einnahmen der Hauptkasse verwendet " 206,13  
Summa ..... M. 2206,13

Ausgabe.  
Für Streikunterstützung ..... M. 1683,63  
Reiseunterstützung an abgereiste Streikende ..... " 116,70  
Fortschaffung Zugereister ..... " 110,95  
Fernhaltung des Zugereisten ..... " 205,55  
Flugblätter und Annoncen ..... " 57,--  
Porto und Schreibmaterial ..... " 6,50  
sonstige Ausgaben ..... " 23,80  
Summa ..... M. 2206,13

**Deuthen**, **den** **10. August** **1903**.  
Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:  
Für die Streikleitung:  
**Hermann Baude**, **Joseph Seidel**, **Joseph Scholz**.

**Zweigverein Fackenburg.**  
Einnahme.  
Aus der Hauptkasse ..... M. 295,--  
Von den örtlichen Einnahmen der Hauptkasse verwendet " 3,80  
Aus der Lokalkasse des Zweigvereins ..... " 15,--  
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder ..... " 88,--  
Summa ..... M. 388,80

Ausgabe.  
Für Streikunterstützung ..... M. 316,70  
Porto und Schreibmaterial ..... " 3,30  
sonstige Ausgaben ..... " 26,80  
Summa ..... M. 386,80

**Fackenburg**, **den** **23. März** **1903**.  
Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:  
Für die Revisoren:  
**G. Müller**, **G. Friede**, **W. Hennings**.  
Für die Streikleitung:  
**Joseph H. Heinrich**, **Hod**.

**Zweigverein Goldig.**  
Einnahme.  
Aus der Hauptkasse ..... M. 1000,--  
Von den örtlichen Einnahmen der Hauptkasse verwendet " 85,39  
Summa ..... M. 1085,39

Ausgabe.  
Für Streikunterstützung ..... M. 1020,45  
Reiseunterstützung an abgereiste Streikende ..... " 7,75  
Fortschaffung Zugereister ..... " 1,50  
Flugblätter und Annoncen ..... " 4,25  
Porto und Schreibmaterial ..... " 1,44  
Summa ..... M. 1035,39

**Goldig**, **den** **7. Juli** **1903**.  
Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:  
Für die Revisoren:  
**Emil Hunger**, **Franz Stark**, **F. Pösch**.  
Für die Streikleitung:  
**Ernst Otto**, **Moritz Nädiger**, **Bruno Dath**.

**Zweigverein Daffow i. W.**  
Einnahme.  
Aus der Hauptkasse ..... M. 300,--  
Von den örtlichen Einnahmen der Hauptkasse verwendet " 22,10  
Aus der Lokalkasse des Zweigvereins ..... " 15,--  
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder ..... " 21,--  
Summa ..... M. 358,10

Ausgabe.  
Für Streikunterstützung ..... M. 853,45  
Fortschaffung Zugereister ..... " 50  
Fernhaltung des Zugereisten ..... " 2,--  
Porto und Schreibmaterial ..... " 2,15  
Summa ..... M. 858,10

**Daffow**, **den** **20. Juni** **1903**.  
Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:  
Für die Revisoren:  
**J. Gumpel**, **G. Dume**, **W. Kröger**.  
Für die Streikleitung:  
**S. Holt**, **F. Gumann**.

**Zentralverband der Maurer.**  
**Bekanntmachung des Vorstandes.**

**An alle Mitglieder**  
**und zur besonderen Beachtung für die Zweigvereinsvorstände.**

**Monat** **November** **ist** **laut** **Statut** **der** **letzte** **Beitragsmonat** **im** **Jahr**; **die** **Monate** **Dezember**, **Januar** **und** **Februar** **sind** **beitragsfrei**. **Die** **beitragsfreie** **Zeit** **ist** **eingeführt**, **um** **zu** **verhüten**, daß **im** **Winter** **viele** **Mitglieder** **wegen** **Beitragsständen** **gestrichen** **werden** **müssen**. **Wenn** **dieser** **Zweck** **in** **Erfüllung** **gehen** **sol**, **was** **im** **Interesse** **des** **Verbandes** **wünschenswert** **ist**, **dann** **müssen** **die** **Mitglieder** **ihre** **Verbandsbeiträge** **bis** **zum** **Jahresschluss** **voll** **bezahlen**, **bevor** **es** **Winter** **wird**. **Die** **Zweigvereinsvorstände** **werden** **erzucht**, **die** **Kollegen** **hierauf** **nach** **besonders** **hinzuwiesen** **und** **Einrichtungen** **zu** **treffen**, **daß** **die** **Gemüthen** **vom** **1. Dezember** **an** **persönlich** **an** **ihre** **Beitragspflicht** **erinnert** **werden** **können**.

**Für Mitglieder, die im Herbst nach Hause reisen.**

**Diejenigen** **Mitglieder**, **die** **mit** **Beginn** **des** **Winters** **den** **Ort**, **wo** **sie** **in** **Arbeit** **stehen**, **verlassen** **und** **an** **einem** **Ort** **ihren** **Aufenthalt** **nehmen**, **wo** **ein** **Zweigverein** **nicht** **besteht**, **machen** **sich** **darauf** **aufmerksam**, **daß** **ihnen**, **wenn** **sie** **sich** **beim** **Verbandsvorstand** **anmelden**, **der** **"Grundstein"** **von** **hier** **aus** **zugestellt** **wird**. **Bei** **der** **Anmeldung** **ist** **das** **Mitgliedsbuch** **mit** **einzuwenden**, **auch** **muß** **der** **Beitrag** **für** **dieses** **Jahr** **voll** **bezahlt** **sein**.

**Wollen** **die** **Kollegen** **aber** **lieber** **mit** **dem** **Zweigverein**, **dem** **sie** **bisher** **als** **Mitglied** **angehört** **haben**, **in** **persönlichem** **Verkehr** **bleiben**, **und** **sich** **von** **dort** **aus** **den** **"Grundstein"** **ausstellen** **lassen**, **dann** **steht** **dem** **nichts** **im** **Wege**.

**Zu** **gleicher** **Zeit** **erzucht** **wir** **die** **Zweigvereinsvorstände**, **dann**, **wenn** **Mitglieder** **abreisen** **und** **den** **"Grundstein"** **von** **dem** **Zweigverein** **nicht** **bezahlen**, **nicht** **zu** **vergesen**, **auch** **die** **entsprechende** **Zahl** **Exemplare** **des** **"Grundstein"** **abzugesellen**.

**Reiseunterstützung.**

**wird** **vom** **1. Dezember** **an** **gezahl**. **Alle** **Zweigvereine**, **die** **auf** **Grund** **des** **§ 14** **des** **Statuts** **Reiseunterstützung** **auszahlen** **müssen**, **haben** **Kollegen** **zu** **bestimmen**, **welche** **die** **Unterstützung** **auszahlen**. **Am** **besten** **ist** **es**, **wenn** **der** **Kassierer** **damit** **betraut** **wird**. **Der** **Name** **des** **Auszahlers** **und** **Zeit** **und** **Ort** **der** **Auszahlung** **sind** **dem** **Herbergswirt** **mitzuteilen**, **damit** **dieser** **zureichenden** **Kollegen** **Auskunft** **geben** **kann**.

**Reiseunterstützung** **wird** **nicht** **gezahlt** **in** **Zweigvereinen**, **welche**:

- a) **sich** **in** **Orten** **mit** **weniger** **als** **2500** **Einwohnern** **befinden**, **und**
  - b) **am** **Schluss** **des** **dritten** **Quartals** **weniger** **als** **20** **Mitglieder** **zahlen** **oder** **nach** **kein** **ganzes** **Jahr** **bestanden** **haben**.
- Unterstützung** **kann** **laut** **Statut** **nur** **gezahlt** **werden** **an** **Mitglieder**, **die** **dem** **Verbande** **wenigstens** **ein** **Jahr** **angehört** **haben** **oder** **innerhalb** **vier** **Wochen** **nach** **beendeter** **Lehrzeit** **beitreten** **sind**, **wenn** **sie** **sich** **im** **Beiste** **einer** **vom** **Verbandsvorstande** **ausgestellten** **Legitimationskarte** **befinden**.

**Reiselegitimationskarten** **stellt** **nur** **der** **Verbandsvorstand** **vom** **25. November** **an** **aus**. **Mitglieder**, **welche** **eine** **Karte** **wünschen**, **haben** **ihre** **Mitgliedsbuch**, **sowie** **20** **¢** **in** **Briefmarken** **für** **Zurücksendung** **des** **Buches** **und** **Zufendung** **der** **Legitimationskarte** **zu** **einzuwenden**. **Fungesellen** **haben** **außerdem** **eine** **Befreiung** **einzuwenden**, **aus** **der** **Herbergswirt** **daß** **sie** **innerhalb** **vier** **Wochen** **nach** **beendeter** **Lehrzeit** **dem** **Verbande** **beitreten** **sind**.

**Als** **solche** **Ausreisepapiere** **genügen** **ein** **Lehrbrief** **oder** **eine** **sonstige** **Befreiung** **des** **Rechtmessers** **über** **die** **beendete** **Lehrzeit**. **Wenn** **an** **dem** **Orte**, **wo** **ein** **Kollege** **ausgelenkt** **hat**, **ein** **Zweigverein** **besteht**, **dann** **genügt** **auch** **eine** **Befreiung** **des** **betreffenden** **Zweigvereinsvorstandes**.

**Der** **Verbandsbeitrag** **muß** **für** **dieses** **Jahr** **voll**

b) auch Mitglied der Bauernorganisation des Auslandes waren und eine Unterbrechung in der Zugehörigkeit zur Organisation nicht eingetreten ist;  
 c) sich innerhalb vier Wochen nach ihrer Rückkehr aus dem Auslande angemeldet haben.  
 Ausländer erhalten ebenfalls erst Reiseunterstützung nach einjähriger Karenzzeit; auch dann, wenn sie in ihrem Heimatlande schon länger als ein Jahr organisiert waren.  
 Ausgenommen hiervon sind Mitglieder des österreichischen Bauarbeiterverbandes, wenn sie ununterbrochen ein Jahr organisiert sind und sich im Besitz einer von uns ausgestellten Legitimationskarte befinden.

**Vom Verbandsvorstande beauftragt**

sind die nachstehenden Vorstandsmitglieder der Zweigvereine Danabrad, Einbeid, Bienenfeld und Dortmund.

**Als verloren gemeldet**

sind die Mitgliedsbücher der Kollegen Robert Boerich-Hamburg (Buch-№. 28361), Th. Schuchardt-Erfurt (98 608), Anton Knebel-Hamburg, (188 687), Th. Alois Hübner-Frankfurt a. M. (98 765), Walter Barth-Salle a. b. S. (88 811), Johann Kersten-Brömsberg (66 696), W. Franz-Frankfurt a. M. (84 045), Johann Köhler-Nürnberg (92 006), Johann Rög. Vorbeck (185 012), Karl Hölzelmann-Oberhausen (92 195).

**Ausgeschlossen**

sind auf Grund § 38 b des Statuts vom Zweigverein Dortmund: Adolf Gilder (Buch-№. 64 180), Heinrich Knood (64 877), Hüffelshof: Johann Müller (188 401), Gustav Zimmer (65 451), Wilhelm Kaufmeier (188 180), Christian Gillen (188 889), Josef Krüger (188 247), Paul Fabian (65 278), Peter Wülfmann (188 454), Mathias Ostermann (188 455), Wilhelm Herget (188 298), Herm. Gollner (188 181), Franz Gide (188 175), Thomas Gohrlit (188 419), Peter Schenkel (188 420), Raul Heinrich (188 498), Georg Meurer (188 480), Wilhelm Gehlen (188 434), Gustav Wolff (188 104), Josef Dietmann (188 294), Otto Gaed (188 440), Franz Kückelmann (188 439), Rob. Conrad (147 596), Heinrich Kieß (188 196), Heinrich Heine (188 200), Franz Meeres (188 264), Christian Brand (188 445), Hermann Schlag (188 448), Deltigsch: Hermann Rierentz (68 234), Friedrich Mühlbach (63 173), Keller Wils. Veitens (68 209), Lühbmann: Wils. Miering (64 298), Wilhelm Jatz in Eornow (64 488), Wierschhof: August Wille (49 171).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

**Aufgefordert,**

ihren Verpfändungen nachzukommen, werden vom Zweigverein Aachen am: Wils. Hüttenrauch (Buch-№. 89 178), geb. am 2. Sept. 1883 zu Jena; O. Gienwärdler: Hermann Peter aus Demnhäusen bei Gassei (Buch-№. 58 444).

**Der Verbandsvorstand.**

**Marken-Verband.**

Vom 26. Oktober bis 7. November sind Marken verhandelt worden (E = Einheitsmarken, B = Beitragsmarken, A = Arbeitslosenmarken, K = Kolportagemarken, L = Lokalfondsmarken):  
 Aften 200 B & 80 A, Mähdorf 200 B & 40, 50 E & 50, Werrschel 200 B & 80, 100 B & 25.  
 Borsed 800 B & 40 A, 20 E & 50, Alere 200 B & 25, Wiltelborn 200 B & 40, Wilsfeld 10 B & 80, Berlin 10 000 B & 35, 500 E & 50, 10 000 U & 50, Breg 2000 B & 80, Braze 200 B & 40, Braunsfeld 200 B & 25, 20 E & 50, Weisau 50 B & 25, 50 A & 25, Bonn 50 E & 50, Blumenfeld 50 B & 100, 100 B & 80, Wolgenburg 400 B & 80, 50 B & 80, Bernau 200 B & 80, 300 B & 40.  
 Grimmelshausen 1500 B & 85 A, Gremmly 600 B & 40, 200 E & 50, Gotsbusch 2000 B & 40, 50 E & 50, Gurgshaven 400 B & 45, Goltz 400 B & 80, Gönner 200 B & 30, Gönk 4000 B & 45, 200 E & 50, Guntersdorf 20 E & 50, 100 K & 10, Galdorbe 100 B & 25, Giltin 400 B & 35.  
 Döhlau 400 B & 85 A, Dübren 200 B & 80, 100 A & 25, Demold 600 B & 35, Domersleben 100 B & 80, 200 B & 25, Erfurt 2000 B & 45 A, 50 E & 50, Erthner 50 B & 25, Eichhof 100 A & 25.  
 Gallenstein 200 B & 85 A, 25 E & 50, Felsberg 400 B & 35, 100 B & 25, Freiburg 200 B & 40, Frieda 800 B & 80, 5 E & 50, Frieslad 100 B & 80, 5 E & 50, Friebersdorf 100 B & 40, Fienburg 2000 B & 50, Frankfurt a. d. O. 1000 B & 40, 200 A & 25, Frankfurt a. M. 200 E & 50, 1000 A & 25, 15 000 B & 50, 2000 B & 45, 500 B & 40, 500 B & 80.  
 Gera 2000 B & 85 A, Grebesmühlen 100 B & 35, Glogau 1000 B & 80, Guben 500 L & 10, 1000 B & 35, Graubenz 1000 B & 25, Grimma 1000 B & 25, Gütstrom 600 B & 40, Grünberg i. Schl. 400 B & 80, Grünau 100 A & 25.  
 Gumburg 10 000 K & 25 A, 20 000 B & 60, Gummer 5, Jahnitz 50 B & 80, 50 A & 25, Garbenfeld 100 B & 80, Gennelndorf 200 B & 50, Gammersleben 400 B & 80, 10 E & 50, Galle 50 E & 50, Gabelsleben 600 B & 45, Gangersleben 200 B & 80 A, 100 A & 25, Joachimsthal 100 B & 25.  
 Kiel 500 A & 25 A, Kölmars i. Wosten 400 B & 85, Ratzow 2000 B & 80, Köpenburg 100 B & 25, Könsch-Schöneberg 800 B & 55, 100 A & 25, Köpplingen 200 B & 80, 15 E & 50, Kaulstrube 4000 B & 85, 100 E & 50, 200 B & 25, Langenbickler 300 B & 25 A, Lügen 400 B & 85, Leischn 200 B & 80, Holz 15 E & 50, Raage 100 B & 80, 100 B & 35, Lehnin 400 B & 40, 200 A & 25, Liebenwalde 50 B & 25, Lübeck 5000 B & 55, 200 B & 25.  
 Linden 1000 B & 85 A, 20 E & 50, Mühlentend 100 B & 80, 100 B & 25, 100 A & 25, Malsbich 200 B & 80, Mühlberg 50 B & 40, Moorburg 200 B & 55, Mühlheim (Buch) 1000 B & 40, Mühlentend 200 A & 25, 200 B & 35, Nauen 400 B & 40 A, 400 B & 25, 200 A & 25, Neustadt i. Sp. 800 B & 40, Neubrandenburg 600 B & 85, 100 A & 25, Neustuppin 1000 B & 40, 400 B & 25, 400 A

& 25, Neustrell 100 B & 85, Noibowes 800 B & 55, Neustadt (Gard) 600 B & 45, Rosentinerhütte 400 B & 35, 10 E & 50.  
 Obergberg 50 B & 45 A, 50 A & 25, Oßenswälder 200 B & 45, Oppeln 200 B & 25, Orlersleben 9 E & 50, Odena-Brück 1600 B & 40, 80 E & 50, 200 K & 15, Oels 200 B & 30, 50 E & 50.  
 Plauen 100 A & 25 A, Prenben 200 B & 40, Pläthe 50 B & 25, Pöllychen 100 B & 80, Pfingststadt 200 B & 35, 10 E & 50, Posen 10 000 B & 45, 500 A & 25, Pr. Stargard 20 E & 50, Pilschhausen 600 B & 40, Pirna 400 B & 40, Pilsau 20 B & 60, Pirsch 100 B & 30, Pöselwald 800 B & 25, Potsdam 1000 B & 50, 200 B & 25.  
 Prensburg 100 B & 40 A, Reinfeld 200 B & 35, Riesa 200 B & 80, Riesa 1000 B & 45, Rudolfsbad 600 B & 35, Ruhrtort 100 A & 25.  
 Salsungen 100 B & 80 A, Stargard i. Pom. 200 B & 25, Schenck 100 A & 25, 100 B & 25, 500 B & 45, Schwarzenfel 50 A & 25, 25 B & 30, 25 B & 45, Spremberg 400 B & 35, 10 E & 50, Schweinitz 100 B & 25, Schweinitz 400 B & 30, Stajfurt 1000 B & 40, Schönlaute 400 B & 30, Sechensleben 600 B & 80, Strelitz 100 B & 85, Strassburg i. b. L. 400 B & 35, Straußfurt 1000 B & 40, Swinemünde 50 E & 50, Schläme 10 E & 50, Schwartau 200 B & 50, 200 B & 45, 100 A & 25, Stettin 100 E & 50, 100 B & 25.  
 Tondern 15 E & 50 A, Trebitz 400 B & 80, 50 B & 45, 100 A & 25, Tangernünde 400 B & 35, Tauscha 10 E & 50, Teterow 800 B & 30, 10 E & 50, Trier 100 B & 40, Travenmünde 200 B & 55, Tühning 400 B & 40, Tarnowitz 200 B & 80, 50 A & 25, Thorn 500 K & 10.  
 Udermünde 600 B & 85 A, 10 E & 50, Uetersen 400 B & 45, 100 B & 50, 10 E & 50.  
 Uxell 10 E & 50 A, 200 B & 40, 50 K & 10, Uffen 200 B & 50, 100 A & 25, Uelshert 400 B & 40, 80 E & 50, 100 K & 10.  
 Wiltensberg 600 B & 40 A, 800 K & 80, 10 E & 50, Würgburg 200 B & 85, Wiesbaden 5000 B & 45, 400 B & 25, Wiltungen 200 B & 80, Waltersdorf 200 B & 50, Wilsenburg 100 A & 25, Waldenburg 200 B & 40, Worsch 200 B & 40.  
 Züllichau 400 B & 25 A, 10 E & 50.

Zusätze erhalten: Gendach i. Hessen 200, Genßin 168,40, Plauen 150, Landstuhl 150, G. Richterle 150, Heilsbrunn 100, Gainsladt 100, Jordan-Sparodie 100, Krugels 60, Wehrlein 60, Blankenburg (Sax) 50, Münster i. Westf. 50, Summa A. 1888,40.

Mitona, den 7. November 1903.  
 Karl Reiff, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

**Anzeigen.**

**Sterbetafel.**

Unter dieser Rubrik veröffentlicht wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Tode Mitteilung gemacht wird. Die Zeile kostet 15 A.

**Guben.** Am 24. Oktober starb unser treuer Verbandskollege **Berthold Hinze** im Alter von 48 Jahren an Lungentuberkulose.  
**Piepe.** Am 29. Oktober starb unser Kollege **Wilhelm Hennig** im Alter von 49 Jahren an Lungenerkrankung im Augusta-Viktoria-Heim in Eberswalde.  
**Sothau.** Am 9. Oktober starb unser treuer Verbandskollege **Otto Schumann** im Alter von 33 Jahren an Gehirnschlag.  
**Nauen.** Am Donnerstag, den 6. November, starb unser Verbandskollege **Albert Deutschland** im Alter von 27 Jahren an Kehlkopfentzündung.  
**Novawitz.** Sonntag, den 1. November, starb unser Verbandskollege **Reinhold Tegener** aus Neuenhau im Alter von 24 Jahren an Lungentuberkulose.  
**Potsdam.** Am 30. Oktober starb unser treuer Verbandskollege **Friedrich Jahn** an Lungenschwindsucht im Alter von 63 Jahren.  
**Roßmühl.** Am 1. November starb nach langem, schwerem Leiden unser Verbandskollege **Otto Rossion** im Alter von 20 Jahren an Lungenschwindsucht.  
 Ehre ihrem Andenken!

**Sterbegeb.**

Ist in der Zeit vom 1. bis 7. November bezahlt worden für nachstehend verzeichnete Mitglieder resp. deren Frauen:  
 Julius Schüttler-Berlin, Buch-№. 6634; Chr. Ehlers-Braunschweig, 12 183; Johann Peter-Liebenfeld (Frau), 85 276; Heinz-Hamburg (Frau), 29 409; Johann Bad-Burglarow, 57 727; Heinrich Mevers-Gannover, 81 284; Heinrich Hof-Frankfurt a. M. (Frau), 21 297; Andreas Friedl-Magdeburg (Frau), 42 543; Erik John-Potsdam, 95 189; Hugo Wiltig-Meudburg, 96 687; Otto Schumann-Sothau, 115 068.  
 Die Anweisung zur Auszahlung des Sterbegebells erfolgt nur nach Einbringung der Mitgliedsbücher des betreffenden Mitgliedes und der Sterbeurkunde desselben, resp. seiner Ehefrau sowie nach Angabe des Alters und der Lebensdauer des oder der Verstorbenen. Beim Sterbefalle des Mitgliedes ist auch mitzutheilen, wer Anspruch auf Sterbegebell erhebt.

**Dortmund.**

Der Kassierer des Zweigvereins, Kollege Karl Gerhardt, wohnt: Kleinfstraße 3. [M. 1,20] Der Vorstand.

**Mülhausen i. Els.**

Die Gerberie für zureichende Kollegen befindet sich in der Wilschast zum „Eisäffer Post“, Sünndstraße.  
 Der Kassierer gibt Reiseunterstützung aus von 6—7 Uhr Abends in der Wilschast von Brändle, Gasgasse Nr. 1. [M. 1,80]

**Zeugen-Gesuch.**

Die auf dem Neubau Schlenker-Wannisebahn Beschäftigten, welche die Rauterei einer Dogge mit einem Jagdhund am 24. September 1903, bei der eine Frau umgefallen wurde, mit angefallen haben, werden um ihre Adresse gebeten. In solchen werden vergütet. Rouler, Berlin, Straburgerstr. 41.

**Veranstaltungs-Anzeiger.**

(Unter dieser Rubrik werden alle Veranstaltungen der dem Größtenstage der jeweiligen Nummer des Blattes folgenden Woche bekannt gemacht. Die Anzeigen müssen für jede Veranstaltung besonders eingeleitet werden und bis spätestens am Dienstagmorgen 5 Uhr in unseren Händen sein.)

**Verbandsversammlungen der Maurer.**

**Counting, 15. November.**  
 Gränsch. Nachmittags 4 Uhr im Franziskaner Hof. Alle Kollegen müssen erscheinen.  
 Werdau. Nachmittags 8 Uhr im Restaurant „Heurteger“. Besichtigung.  
**Dienstag, 17. November.**  
 Altenburg. Abends 8 Uhr im „Wdler“. L. O.: Unsere Stellungnahme zur Beschleunigung der hiesigen Krankenpflege.  
 Collbus. Abends 6 1/2 Uhr bei H. H. Die Ergeben aller Mitglieder ist notwendig.  
**Mittwoch, 18. November.**  
 Berlin. (Wassergasse) Kompanienstr. 20, in den „Kremnhallen“.  
 Wanne. Nachmittags 4 Uhr bei Gomburg. Alle Kollegen müssen erscheinen.  
**Donnerstag, 21. November.**  
 Aker. Abends 8 Uhr in der „Bergerie zur Heimat“. Vollständiges Frühstück der Mitglieder notwendig.  
 Golditz. Mitgliederversammlung. Die Bücher sind mitzubringen.

**Abrechnungen für das 3. Quartal**

wurden vom 4. bis 10. November aus folgenden Zweigvereinen eingeleitet: Bremerhaven, Cassel, Gersd., Domersleben, Eilenfeld, Frieda, Frankfurt a. M., Grünau, Greifenhagen, Gr. Rhöden, Gordenbe, Güntersleben, Jungelsbad, Kagenbach, Kl. Schönebeck, Kronach, Liebenwalde, Lübbenu, Malchom, Minden, Neustadt, Obornitz, Pausa, Reinfeld, Rosenheim, Schöppensfeld, Schweinitz, Swinemünde, Salsungen, Wandenburg, Wreschen. Aus den Gauen Cassel und Nürnberg sind die Abrechnungen für das 3. Quartal alle hier.

In der Zeit vom 8. bis 9. November 1903 sind folgende Beträge bei der Hauptkasse eingegangen:

**Hauptkasse.**

Von den Zweigvereinen in Bremerhaven M. 1387,98, Brandenburg a. d. S. 1281,82, Swinemünde 819,84, Mühlentend 215,86, Pausa 60,84, Lübbenu 42,80, Sommer 80,80, Mühlberg i. Th. 17,92, Landrecht 8,32, Neustuppin 1291,28, Ollendorfe i. Ostpr. 44,16, Obornitz 17,04, Reinfeld 160, Grünau 90,48, Rins-Schönebeck 71,45, Schöppensfeld 66,32, Rheyt 27,70, Güntersleben 24,08, Wandenburg 15,86, Regiu a. d. S. 6,80, Gersd 30, Halle a. S. 1500, Fienburg 100, Götlin 200, Grebesmühlen 60, Weventen 64,56, Plauen i. V. 590, Altenburg 500, Elger 3 800, Graubenz 240, Erfurt 150, Dortmund 600, Gera 800, Harburg 857, Gelsenkirchen 100, Neubrandenburg 100, Neustrell 100 (eingeliefert), Streifunterstützung zurückgelegt 50,80, Frankfurt a. a. Riff. 75, Münster i. B. 200, Wergedorf 142,80, Nürnberg 500, Ritzau 100, Pirna 92, Bremen u. Umgegend 1600, Gdn a. Rh. 1500, Lübeck 400, Fürstentum 200, Uelzen 180, Duisburg 150, Mühlhausen i. Thür. 100, Hamm i. W. 100, Grunna 82,67, Frieda 5, Wanfried 151,20, Schweinitz i. Schl. 82,28, Jngolsbad 31,20, Mainz u. Umgegend 1294,01, Cassel u. Umgegend 892,71, Eilenfeld 4,59, Frankfurt a. M. u. Umgegend 4308,20, Kiel 1000, Einshorn 200, Hagen i. W. 100, Schweinitz 100, Osnoten 70, Domersleben 44,74, Greifenhagen 38,70, Kronach i. Bayern 21,76, Malchow i. W. 10,08, Weerane 200, Fürth 150, Gordenbe i. L. Udermarkt 60,73.

**Für Protokolle vom 7. Verbandstag in Berlin.**

Swinemünde M. 4, Mühlentend 3, Güntersleben 1, Grünau 22, Schweinitz i. Schl. 1, Jngolsbad 3, Leizen 8, Schweinitz a. d. Elster 3, Greifenhagen 2.

**Für Protokolle vom 2. Bauarbeiterkongress.**

Grünau M. 20, Rheyt 1.

**Für Futterale.**

Halle a. b. S. M. 8, Bremerhaven 10, Brandenburg a. d. Havel 380, Swinemünde 1, Pausa —, Güntersleben 1, Schweinitz i. Schl. 1, Pirna 8, Cassel und Umgegend 10, Weiz 1.

Die Zweigvereins-Kassierer resp. Einsender von Geldern werden ersucht, auf den Nachschaffungen genau anzugeben, wofür das eingeleitete Geld bestimmt ist.

Alle Gelder für die Hauptkasse sind nur an J. Koster zu adressieren. Wenn dies nicht beachtet wird, kann es vorkommen, daß das Geld wieder zurückgehen muß.

Hamburg, den 9. November 1903.  
 F. Köster, Hamburg 5, Brennerstr. 11.

**Zentralkrankenkasse.**

(Grundstein zur Eingetrag.)

In der Woche vom 1. bis 7. November sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Hamburg M. 1000, Wierschhof 200, Gumburg-Eppendorf 150, Leipzig 150, Wandbeck 100, Langenbickler 100, Hörde 100, Sonnenburg (Neumar) 80, Summa M. 1890.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Kuer & Co. in Hamburg.